Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 30,— Mk. Durch die Post monatl. 30,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Kerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 2 Mark — **Freitag, den 14. Juli 1922** — **2. Jahrgang. Nr. 162**

An das deutsche Proletariat!

An die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften!

Genossen!

In der heutigen Reichstagssitzung ist es den sozialistischen Parteien nicht gelungen, auch nur einen einzigen ihrer selbständigen Anträge durchzubringen. Der Bürgerblock stimmte geschlossen alle sich auf das Berliner Abkommen gründenden Anträge nieder. Nicht eine der Forderungen, für die Millionen an Arbeitern, Angestellten und Beamten zweimal in wuchtigen Massenkundgebungen demonstrierten, ist erfüllt. Der Bürgerblock machte aus einem Schutzgesetz der Republik ein Trutzgesetz gegen die Arbeiterklasse. Nicht die monarchistische Reaktion, sondern die kämpfende Arbeiterschaft wird von diesem Gesetz getroffen werden.

Kein Verbot der monarchistischen Kundgebungen und Propaganda!

Keine Auflösung der monarchistisch-militaristischen Organisationen!

Keine Ausweisung der an Kriegsnot und Massenelend schuldigen Fürsten und Prinzen!

Keine Säuberung der Reichswehr und der Gerichte von monarchistischen Elementen!

Keine Reichsexekutive gegen Orgeschbayern!

Die Reaktion kann triumphieren. In Kürze wird sie so stark sein, um einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft wagen zu können. Die Stunde ist überaus ernst. Von den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften hängt es ab, ob der Bourgeoisie dieser neue schwere Schlag gegen die Arbeiterklasse gelingt.

In dieser ernsten Situation fordern wir die Leitungen des ADGB., der Afa, der SPD. und USPD. erneut auf, gemeinsam mit uns die Massen des Proletariats zur Durchführung der gemeinsamen Mindestforderungen zu mobilisieren. In dem letzten gemeinsamen Aufruf der Spitzenkörperschaften heißt es klar und entschieden:

„Die Forderungen sind beschränkt auf das Maß, das zur Sicherung der republikanischen Staatseinrichtungen, zum Schutze der Grundrechte des Volkes und zur endlichen Niederkämpfung der Mordhetze der monarchistischen und nationalistischen Volksgegner unbedingt notwendig ist.

Die Gewerkschaften und die politischen Parteien sind entschlossen, vor keinem Widerstand zurückzuweichen.

Sie wissen, was sie angesichts der herrschenden Gefahr der Arbeiterschaft und dem Volke schuldig sind. — Das Aeußerste soll geschehen, um die aufgestellten Forderungen zu verwirklichen.“

Jetzt gilt es, diese Worte wahrzumachen.

Unterstützt mit uns gemeinsam die Kontrollausschüsse, die die Arbeiterorganisationen in zahlreichen Orten im Kampfe gegen die Reaktion geschaffen haben. So nur kann die Arbeiterklasse zur Selbsthilfe aufgerufen werden.

Auflösung dieses Reichstages, der nur Arbeitertrutzgesetze schaffen kann!

Schluß mit der verhängnisvollen Koalitionspolitik!

Der sofort zu proklamierende Generalstreik gibt Euch die Kraft, die gemeinsamen proletarischen Forderungen gegen Monarchisten und Bourgeoisie durchzusetzen. Dieser Ruf wird von den proletarischen Massen mit Begeisterung aufgenommen werden.

Schafft eine Arbeiterregierung, die allein die Macht aufbringen kann, die Reaktion niederzuzwingen!

Bei der Führung der machtvollen Organisationen der Arbeiterklasse liegt die ganze Verantwortung in dieser ernsten Stunde.

Es lebe der Kampf gegen die Reaktion! Es lebe die Einheitsfront im Klassenkampf des Proletariats!

Berlin, den 12. Juli 1922.

Zentrale der KPD.

Neue Morddrohungen der Reaktion in Köln

Der Kölner kommunistische Stadtverordnete Neuhauser erhielt einen anonymen Drohbrief, in dem es unter anderem heißt:

„. . . Euch Schurken haben wir auf die Liste derjenigen gesetzt, die durch unsere Mordkommission hinüber befördert werden müssen.“

Unserm Kölner Bruderblatt „Sozialistische Republik“ ging ein ähnlicher Drohbrief zu, in dem von „verhetzter Proletenjugend“ usw gesprochen wird.

Die Mordbanditen fühlen sich nach wie vor als „Herren der Lage“.

Die Einheitsfront in Thüringen

Die Bezirksausschüsse des ADGB., der SPD., USPD. und KPD. für Wiederherstellung der gemeinsamen Front

Weimar, 13. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Konferenz der drei Arbeiterparteien und Gewerkschaften tagte am 12. Juli in Weimar und beschloß, folgendes Schreiben an die Vorstände des ADGB., der Afa und der drei Arbeiterparteien in Berlin zu richten:

„Werte Genossen!

Die Bezirksleitungen Thüringens des ADGB., der Afa, der SPD., USPD. und KPD. sind auf Grund der politischen Lage im Reiche wie in den einzelnen Ländern der Auffassung, daß die gemeinsame Arbeit der Spitzenorganisationen nach wie vor eine dringende Notwendigkeit ist. Wir ersuchen deshalb die Spitzenorganisationen, in Beratungen einzutreten und die Wiederherstellung der gemeinsamen Front vorzunehmen.“

Eine weitere Kundgebung an die Arbeiterpresse verlangt, daß alles unterbleiben soll, was geeignet ist, die Einheitsfront in Thüringen zu gefährden.

Das Kommunistengesetz in Aktion

Verbot kommunistischer Zeitungen

Augsburg, 13. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die ersten Zeitungen, die in Bayern verboten wurden auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten sind die kommunistischen Organe „Neue Zeitung“ München und „Bayerische Arbeiter-Zeitung“ Augsburg. Am Donnerstagabend wurden beide Zeitungen auf die Dauer von drei Tagen verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels, in dem zu einer Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Stellung genommen wurde. Es heißt in der Verfügung: „Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten werden als Schwindel bezeichnet. Dieser Artikel stellt eine öffentliche Beschimpfung des derzeitigen Herrn bayerischen Ministerpräsidenten dar und begründet die Strafbarkeit einer zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehörenden Handlung. (Paragraphen 5 und 7 der Reichspräsidentenverordnung vom 25. Juni 1922.)“

Die Druckerei der „Bayerischen Arbeiter-Zeitung in Augsburg wird von Kriminalpolizei überwacht, die jeden Durchgehenden genau untersuchen.

Die Aussichten eines Moratoriums

Die deutsche Regierung hat bei der Reparationskommission mit Hinweis auf den neuen Marksturz um eine Stundung der Reparationsbarzahlungen nachgesucht. Es würde sich dabei darum handeln, erstens die im Moratorium von Cannes für dieses Jahr festgesetzten Zahlungen zu stunden, zweitens neue Bestimmungen für die noch nicht geregelten Jahre 1923/24 zu erlassen. Die Reparationskommission hat vorläufig die Entscheidung herausgeschoben.

Die französische Presse verhält sich nicht grundsätzlich ablehnend zu einem Moratorium. Frankreich stimmt viel lieber einer Stundung der Barzahlungen zu und verzichtet im gegenwärtigen Moment auf diese, als daß es die politischen Machtmittel der Sanktionen aus der Hand gibt und es zu einer Revision des Versailler Vertrages und der Reparationsverpflichtungen kommen läßt. Die französische Regierung hat auch einen neuen Weg in der Sachlieferungsfrage kürzlich eingeschlagen und bemüht sich, das Sachlieferungsabkommen zur Durchführung zu bringen. Der französische Wiederaufbauminister sagte vor kurzem: **„Frankreich will nicht Deutschlands Untergang, sondern daß es gehorche und arbeite.“** Frankreich hat ein großes Interesse daran, endgültige Bestimmungen möglichst weit hinauszuschieben, um inzwischen es zu einer Verhandlung über die orientalische Frage mit England zu einem Abschluß der Haager Konferenz kommen zu lassen. Wie immer, so wird auch diesmal der Konflikt zwischen England und Frankreich im Orient **auf Kosten Deutschlands** ausgetragen werden und Frankreich hofft auf Konzessionen Englands in der Reparationsfrage. Die französische Regierung will auch einen Bescheid Ameritas über die Frage der Bezahlung von Schulden Frankreichs an Amerika abwarten.

Englands Interesse besteht vor allem darin, Deutschland als Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, es tritt daher sowohl für die Stundung der Barzahlungen, um eine weitere Entwertung der Mark zu verhindern, wie für die Stundung der Sachlieferungen, damit der Markt mit deutschen Waren nicht überschwemmt wird, ein.

Ein Moratorium wird Deutschland aber nicht gewährt ohne die Uebernahme der drückendsten Verpflichtungen. Frankreich wird die linksrheinischen Gebiete in sein Zollgebiet und so die Rheinprovinz gänzlich in sein Wirtschaftsleben einbeziehen. Es verlangt die **Erweiterung der Kontrollrechte** über Deutschland, Pfänder und **Beteiligung an den deutschen Industrieunternehmungen.** Die deutsche Regierung war bisher nie in der Lage, sich den Forderungen der Reparationskommission ernstlich entgegenzustellen. Eine Annahme der neuen Forderungen aber bedeutet eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage Deutschlands. Die Frage steht also nicht so, wie es die bürgerliche und kleinbürgerliche Presse hinstellen will, Moratorium oder Verschlechterung, sondern es handelt sich nur darum, unter welcher Form die Ausplünderung weitergehen soll, auf welche Weise noch mehr aus den deutschen Arbeitern herausgeholt werden kann.

Kuhhandel oder Massenaktion?

Druck erzeugt Gegendruck. Es ist klar, daß der ADGB., wenn er dem Drucke der Arbeiterschaft gehorchend, auch nur Miene macht, die Forderung des Berliner Abkommens in die Tat umzusetzen, auf den erbitterten Widerstand der bürgerlichen Parteien stößt. Gegen das Berliner Abkommen hat sich ein fester Bürgerblock von den wütendsten Deutschnationalen bis zu den angeblich sanftmütigen Demokraten herausgebildet. Das Bürgertum versteht sehr gut, daß das Berliner Abkommen eine ungefährliche Sache ist, wenn es auf dem Papier bleibt, daß es aber eine ernstliche Gefährdung der reaktionären Bestrebungen ist, sobald es durch Einsetzung der realen Kräfte der Arbeiterschaft durchgeführt wird. daher der erbitterte Widerstand der gesamten Bourgeoisie. Darum nennt der „Lokalanzeiger“ die Forderungen des Berliner Abkommens „grotesk“. Er schreibt:

„Die Forderungen aber, die seinerzeit die sozialistische Einheitsfront, Afa, Freie Gewerkschaften, Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten, aufgestellt hatte, waren derart grotesk, daß sie nicht einmal in der ursprünglichen Regierungsvorlage berücksichtigt werden konnten. Für jeden auf dem Boden der Demokratie und nicht ausschließlich des Klassenkampfes Stehenden waren und sind sie zum guten Teil völlig unannehmbar.“

Fragt sich nun, ob die Spitzenorganisationen und die sozialistischen Parteien gewillt sind, **dem Bürgerblock einen Arbeiterblock entgegenzustellen?** Das ist bis jetzt nicht geschehen. Gewerkschaften und sozialistische Parteien sind vor einer energischen Handbewegung des Bürgerblocks auf der ganzen Linie zurückgewichen. Bei den Beratungen des Schutzgesetzes im Reichstag haben sie die sozialdemokratischen Forderungen glatt preisgegeben. Das gestand der Justizminister Radbruch ein, als er, zur bayrischen Volkspartei gewendet, sagte: **„Wir haben schon so viel für euch getan, daß uns zu tun fast nichts mehr übrigbleibt.**

Die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung, die auf ihrem Rücken die reaktionäre Knute des neuen Sozialistengesetzes fühlt, gerät in Bewegung, fühlt sich abermals betrogen. Die Spitzenorganisationen sind dadurch auf neue aufgeschreckt worden und die Gewerkschaften verlangen als neue Beruhigungsmittel der Massen den Eintritt der USPD. in die Koalitionsregierung. Die Sozialdemokraten verpflichten sich unter dem Druck der Massen, nicht in einer Regierung zu bleiben, in die die Deutsche Volkspartei eintreten will. Aber nun kommt der nächste Akt dieser parlamentarischen Kuhhandelskomödie. Die lieben Koalitionsgenossen von der bürgerlichen Seite, Zentrum und Demokraten, fühlen sich stark genug, das parlamentarische Liebeswerben der SPD. und USPD. schnöde abzuweisen. Die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei hat sich entschlossen, das Auftreten und die Forderungen der Gewerkschaften als eine Nebenregierung anzusehen und daher die **Aufnahme der Unabhängigen in das Kabinett abzulehnen.** Als einen neuen Fußtritt gegen links solidarisiert sich die demokratische Fraktion ausdrücklich mit dem Reichswehrminister Dr. Geßler, dem getreuen Fidolin der monarchistischen Offiziersclique. Eine direkte Verhöhnung der parlamentarischen Leisetreterei der Gewerkschaften leistet sich die bürgerliche VDZ.-Korrespondenz, indem sie auf den „Vorstoß der Gewerkschaften“ antwortet:

In den Kreisen der bürgerlichen Parteien des Reichstages wird allerdings diese Situation mit voller Ruhe betrachtet, man hält den Schritt der Gewerkschaften von deren Standpunkt für erklärlich, nimmt aber an, daß es die sozialistischen Parteien letzten Endes doch nicht auf ein Scheitern dieses Gesetzes und damit auf eine Auflösung des Reichstages ankommen lassen werden, da es auch ihnen darum zu tun sein muß, das Gesetz möglichst bald unter Dach und Fach zu bringen. Die sozialistischen Parteien nehmen zwar besonders an dem Beschluß Anstoß, daß die Sprengung von Versammlungen unter Strafe gestellt worden ist, wie es von der Deutschen Volkspartei beantragt war, aber schließlich dürfte es auch für sie kein Anlaß sein, einen solchen Schutz vor Gewalttätigkeiten verhindern zu wollen.

Soweit sind wir also gekommen, daß die bürgerlichen Parteien selbst auf das zaghafte Verlangen einer Mitarbeit der Sozialdemokraten in der bürgerlichen Regierung „mit voller Ruhe“ eine Antwort nach der Art Götz von Berlichingens geben können. Das ist kein Wunder, nachdem die Sozialdemokraten das Republikschutzgesetz in ihrem demokratischen Himmel in ein **Knebelungsgesetz gegen die Arbeiterschaft** umgebogen haben. Ein drastisches Beispiel dafür ist in Bayern geliefert worden, wo zwei kommunistische Zeitungen verboten wurden. Ueberhaupt Bayern!

Das andauernde Zusammenklappen der Reichsregierung vor den bayrischen Monarchisten läßt die weißblaue Reaktion Morgenluft wittern. Die bürgerliche Dena-Korrespondenz weist darauf hin, daß die beiden maßgebendsten Persönlichkeiten Bayerns, Geheimrat Held und Dr. Heim, sich in den letzten Tagen ostentativ von jeder nach außen in Erscheinung tretenden parlamentarischen Tätigkeit zurückgezogen haben und es peinlichst vermeiden, sich in der Oeffentlichkeit durch irgendwelche Aeußerungen über das Verhältnis Bayerns zum Reich festzulegen. Die beiden „unheimlichen Helden“ unterhalten einen sehr regen und direkten Verkehr mit dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht.

Wie lange will sich die Arbeiterschaft das Spiel ihrer Spitzenkörperschaften noch gefallen lassen? Wie lange will sie es dulden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0001

daß SPD. und ADGB. aus Rücksicht auf ihre bürgerlichen Koalitionsgenossen vor der Reaktion kapitulieren? Haben Demokraten und Zentrum durch ihr Verhalten nicht tausendfach bewiesen, daß sie ausgesprochen arbeiterfeindlich sind? Wie können die Sozialdemokraten hoffen, in Koalitionsgemeinschaft mit diesen reaktionären Parteien Arbeiterforderungen zu verwirklichen?

Die Kommunistische Partei bringt nur den Willen auch breiter USPD.- und SPD.-Arbeitermassen zum Ausdruck, wenn sie in ihrem offenen Brief die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften auffordert, endlich Schluß zu machen mit der Schacherpolitik, oder, wie sich das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt" ausdrückt, die kostbare günstige Zeit nicht noch mehr durch die Schäkereien der bürgerlichen Parteien helfen zu lassen, sondern den sofortigen Appell an die Arbeiterschaft verlangt.

Die Spitzenkörperschaften haben eine Macht hinter sich, die, wenn sie in die Wagschale geworfen würde, das ganze reaktionäre Pack in alle Winde zerstieben könnte. Notwendig ist, die Auflösung des Reichstages und die Durchführung der Forderungen des Berliner Abkommens durch Generalstreik zu erzwingen. Arbeiter aller Parteien, verstärkt den Druck auf Eure Spitzenkörperschaften! Sammelt weiter Eure Macht in den in Einheitsfront arbeitenden Kontrollausschüssen, damit die reaktionären Mordbandiditen durch die Tat niedergekämpft werden!

Wenn du denkst du hast'n ...

Ergebnislose Jagd auf die Rathenaumörder

Die Fahndung nach den Rathenaumördern hat gestern noch nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Mehrere Spuren erwiesen sich als unrichtig, so auch die nach Debisfelde-Thale. Die zwei dorthin verfolgten Radfahrer wurden in Thale festgenommen. Es sind zwei junge Leute.

Trotz der „Tüchtigkeit" der Kriminalpolizei sind die Rathenaumörder entkommen. Sie dürften versuchen, auf dem Wege über Thüringen nach der Tschechoslowakei zu entkommen. Augenblicklich dürften sie sich in der Gegend von Apolda befinden. Die Genossen werden aufgefordert, auf verdächtige Personen Obacht zu geben und ihre Verhaftung zu veranlassen.

Mordanschlag auf einen Kommunistenführer!

Die schlesischen Reaktionäre wollen ihren Meuchelbrüdern in Berlin nicht nachstehen. Sie gehen zur Tat über. Am 7. Juli, abends 9 Uhr, unternahmen sie einen Mordanschlag auf unseren Genossen Hermann Krause in Freiburg, der dort Vorsitzender des Gewerkschaftskartells ist.

Wir entnehmen einer bürgerlichen Freiburger Zeitung vom 8. Juli folgende Notiz:

Ein Mordanschlag wurde gestern abend gegen 9 Uhr gegen den Vorsitzenden des hiesigen Gewerkschaftskartells, Herrn Hermann Krause, verübt. Ein bisher unbekannter Täter feuerte aus der Richtung vom Bahnweg in die Wohnung des Genannten, Endlergasse 8, 3. Etage, Revolverschüsse ab. Eine Kugel drang durch die Fensterscheibe in die Wohnung und schlug in die Wand ein. Es ist ein Kupfermantelgeschoß, Kaliber 9 Millimeter, das gefunden wurde. Glücklicherweise war in der Stube durch Zufall niemand anwesend. Verletzt ist niemand. Das Gewerkschaftskartell sichert demjenigen, der den Täter ausfindig macht, eine hohe Belohnung zu.

Diese neue Schandtat seiger reaktionärer Mordbuben muß die Arbeiterschaft erneut aufrütteln. Es ist nicht an der Zeit, das Handeln den Führern zu überlassen. Die Massen selbst müssen die Initiative ergreifen. Sie selbst müssen für die Durchführung der Allen Forderungen sorgen.

Deutschnationale Mörder

„Wilddiebe werden wie Revolutionäre beseitigt"

In der „Deutschen Jägerzeitung" Nr. 29 vom Sonntag, dem 9. Juli, findet sich folgende Anzeige:

Ehemaliger Kapitulant, Oberwachtmeister im aktiven Heere, auf Grund der Heeresverminderung ausgeschieden, mit Zivilversorgungsschein, möchte zur Forst zurück und sucht Stellung als

Forst- und Jagdaufseher.

Führte bei den großen Kämpfen der Revolution selbst Truppenteile, wie Berlin, Hamburg usw., später als Kriminalbeamter tätig gewesen. Zuverlässigkeit und Treue zugesichert. Wilddiebe werden wie Revolutionäre beseitigt. Es kommen nur solche Stellen in Frage, die wirklich etwas Dauerndes bieten, und wo es dem Herrn an altem, deutschem Charakter liegt. Nähere Auskunft über Tätigkeit in der Forst nach Anfrage oder persönlicher Vorstellung. Gefl. Angebote unter „Weidmannsdank" 12670 befördert die Geschäftsstelle d. „D. Jäger-Zeitung", Neudamm.

Die deutschnationale Slaven- und Drecksele, die sich hier anbietet, wird selbstverständlich Hunderte von Angeboten bekommen. Rittergutsbesitzer und Agrarier reisen sich um solche Pogromburschen, die Roske großgezogen hat, und die sich jetzt auch weiter offen als Arbeitermörder anpreisen. Merkwürdig erscheint uns, daß sich für den Patron keine Verwendung als Kriminalbeamter mehr findet. Man braucht nur an den Fall Sylt zu erinnern, um zu wissen, daß auch hier Arbeitermörder auf das allerbeste angeschrieben sind.

Die Polizei schützt die Mordorganisationen

In der Stadtverordnetenversammlung in Elberfeld stellte ein USPD.-Vertreter fest, daß an die Mordbanditen des Jungdeutschen Ordens gelegentlich ihres Ordensfestes im Wuppertal 250 Waffenscheine durch die Polizei ausgegeben worden sind. Wie die Polizei, insbesondere die Kriminalpolizei von Elberfeld, arbeitet, zeigt auch eine Zuschrift des D.E.V. an die Presse, aus der hervorgeht, daß obere Beamte der Eisenbahndirektion Leiter der Organisation Stahlhelm und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes sind. Als am 4. Juli abermals ein Kurier zu einigen höheren Beamten wollte, wurde er durch organisierte Eisenbahner angehalten, und er entpuppte sich als Kurier des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und des Stahlhelms. Es war der ehemalige Leutnant Alfred Günther aus Elberfeld. Auf die telephonische Meldung der Eisenbahnkriminalpolizei an die Kriminalpolizei der Stadt, daß dieselbe die Erlaubnis zur Festnahme und Durchsuchung der verdächtigen Person geben möge, wurde von dem Dezernenten der Kriminalpolizei erwidert, daß kein Grund zur Verhaftung vorliege, weil der betr. Günther ihnen bekannt sei.

Es wurde festgestellt, daß Günther im verschlossenen Kuvert eine Menge wichtiger Papiere und Dokumente bei sich trug, deren Beschlagnahme und Durchsicht wegen der Inschutznahme durch die Kriminalpolizei nicht möglich war. Der D.E.V. gibt öffentlich eine ganze Reihe hochstehender Beamten, wie Eisenbahnsekretäre, Geheimräte usw. bekannt, die alle Mitglieder der Mörderorganisation sind. Diese Vorfälle beweisen, daß die Elberfelder Kriminalpolizei Hand in Hand mit diesen Gesellen arbeitet, daß sie zum mindesten aber diese Leute in Schutz nimmt.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde eine Reihe Straßennamen mit dynastischen Bezeichnungen umgeändert in republikanische Namen.

Die „unschuldige" Organisation C

Hamburg, 14. Juli. Der Oberreichsanwalt hat von den 25 durch die Polizei festgenommenen Angehörigen der Organisation C acht wieder in Freiheit setzen lassen.

Heraus mit den politischen Gefangenen, trotz alledem!

Das unzulängliche Amnestiegesetz angenommen

Reichstagssitzung vom 13. Juli 1922:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Straffreiheit für politische Straftaten.

Der Ausschuß hat die Regierungsvorlage genehmigt und in bezug auf die Eisenbahner eine nichtssagende und zu nichts verpflichtende Resolution angenommen, die erwartet, daß der ewig lächelnde Groener mit Milde verfahren werde. Für die SPD. sprach Schmidt (Meißen). Er forderte eine großzügige Amnestie, die notwendig geworden sei infolge der politischen Situation und der geistigen Umstellung der Arbeiterschaft.

Reichsjustizminister Radbruch

Die Gewährung von Straffreiheit für politische Taten ist die Antwort der Regierung auf den Sanierungsprozeß, der sich im deutschen Volkskörper vollzogen hat. Seit dem Märzaufstand und der Broschüre Dr. Levis hat sich auf der äußersten Linken ein Sanierungsprozeß abgespielt. (Gen. Höllein hat Herrn Radbruch die richtige Antwort in seiner Rede gegeben. D. Red.) Die Straftaten vor dem 1. August werden nicht miterfaßt, weil sie durch die Kapp-Amnestie erledigt sind. Ueber das Jahr 1921 hinaus darf die Amnestie sich nicht erstrecken, weil die Mörder von Erzberger, Scheidemann und Rathenau nicht mitbetroffen werden sollen. Die Amnestie beschränkt sich auf Reichssachen, aber nicht auf Grund der Verfassung, die dem Reich durchaus die Möglichkeit der Amnestierung gibt, sondern aus „naheliegenden" politischen Gründen (Hört, hört bei den Kommunisten). Die Amnestie soll auch als Anknüpfungspunkt (!) für Amnestien der einzelnen Länder dienen.

Reichsverkehrsminister Groener stimmt der Entschließung des Ausschusses zu, verspricht alle mit der Aufrechterhaltung der Ordnung zu vereinbarende Milde, wenn die Gemaßregelten um Gnade winseln. Einer allgemeinen Amnestie für die Eisenbahner könne er jedoch nicht zustimmen.

Für das Zentrum erklärt Dr. Bell die Zustimmung seiner Fraktion für die Regierungsvorlage.

Für die Deutsche Volkspartei lehnte Leutheußer die Zustimmung zur Amnestie ab, die einen Freibrief für neue hochverräterische Unternehmungen gegen den Bestand des Reiches darstelle.

Der Deutschnationale Amtsgerichtsrat Bart erklärte, seine Fraktion sei prinzipielle Gegnerin jeder Amnestie, wenn aber schon amnestiert werden solle, dann müßten auch die letzten Kappverbrecher mit amnestiert werden.

Dr. Schücking (Dem.): Wir werden die Amnestievorlage in der Ausschußfassung annehmen,

lehnen aber jede weitere Ausdehnung ab, auch für die Eisenbahner.

Rosenfeld (USPD.): Wir fordern eine umfassende politische Amnestie für alle Straftaten seit 1918, die auch für Bayern und für die Eisenbahner gilt.

Leicht (WVp.): Ich schließe mich den Rednern der bürgerlichen Parteien an. Man soll nicht jeder Tatarennachricht aus Bayern Glauben schenken. Amnestien können leicht zu Leichensteinen der Republik werden.

Für die Kommunistische Fraktion sprach

Genosse Höllein:

Als Dr. Radbruch noch simpler Abgeordneter war, fand er scharfe, treffende Worte für die unerläßliche Amnestierung der massenhaft in den deutschen Gefängnissen noch schmachtenden proletarischen politischen Gefangenen. Was aber sehen wir heute? Zum zweiten Male ist er vor dem Widerstand des Bürgertums, vor allem Kahr-Bayerns, zurückgewichen.

Radbruch erfüllt nicht die Forderungen seiner Parteigenossen und des ADGB.

Ja, er wählt sogar eine Begründung, die im offenen Widerspruch steht zu der Resolution des Gewerkschaftskongresses in Leipzig. Es war von Radbruch absolut überflüssig, die Kämpfe in Mitteldeutschland als einen besonderen Ausfluß von Niedertracht der Kommunisten hinzustellen und Dr. Paul Levi als Retter der Arbeiterschaft zu preisen.

Die Märzkämpfer von Mitteldeutschland, die heute noch in den Zuchthäusern und Gefängnissen sitzen, sind direkte Opfer der preußischen Regierung, und es wäre sittliche Pflicht der Reichsregierung, diese Opfer endlich aus den Klauen der Justiz zu befreien.

Die Amnestie schließt alle politisch Bestraften vor dem 4. August 1920 von vornherein aus.

Weiß Dr. Radbruch nicht, daß viele Hundert braver, ehrlicher Arbeiter trotz Kapp-Amnestie noch in den Gefängnissen schmachten, weil das Richtertum, das diese Amnestie auszuführen hatte, auch hier seine Rache an der Arbeiterklasse fühlte. Die Januar- und Märzkämpfe von 1919, die sogenannten Landfriedensbrecher bei Demonstrationen und Lebensmittelaufläufen usw. sitzen noch massenhaft in den Gefängnissen. Und dabei handelt es sich niemals um sogenannte unehrenhafte Handlungen. Diese sind vielmehr das Monopol der Herren von rechts und ihrer Werkzeuge, die den Mord in ein raffiniertes wissenschaftliches System bringen.

Die Beschränkung der Amnestie auf Reichssachen ist unerhört.

Es müssen unbedingt auch alle politischen Gefangenen in den Ländern mit in die Amnestie einbegriffen werden, denn jeder sog. Hochverrat gegen ein Land ist zugleich Hochverrat gegen das Reich.

In Bayern sitzen alle Opfer der Räterepublik noch in den Zuchthäusern und Gefängnissen und werden dort unmenschlich gequält.

Die Amnestie läßt diese auch weiter dort. Die gestrige Rede des bayerischen Ministers Hamm, der sich mit großer Verve gegen einen Eingriff in die Justizhoheit Bayerns wehrte, war einfach ein Skandal. Im selben Atem mußte er aber zugeben,

daß der bayerische Innenminister mit Absicht und Vorbedacht Reichsgesetze bricht.

Er müßte eigentlich, wenn es noch ein Recht und Gesetz in Deutschland gäbe, dieserhalb auf Grund des Strafgesetzbuches in das Zuchthaus wandern.

Was tut statt dessen Herr Radbruch? Er schreibt an den bayerischen Minister-Rechtsverbrecher einen höflichen Brief, daß dieses unzulässig sei und in München denkt man dann wie Götz von Berlichingen. Was ist denn überhaupt das Recht des Bürgertums? Der Ausdruck ihrer Klasseninteressen und des Willens zur Unterdrückung der arbeitenden Massen. Wäre man ehrlich, so würde man sagen: Wir haben die Macht und nützen sie rücksichtslos aus. (Zuruf: Und in Moskau?) **Das Revolutionstribunal in Moskau erklärte rund heraus, daß es ein proletarisches Klassengericht** sei zur Niederhaltung der Konterrevolution. Dort wagt man zu scheinen, was man ist. In Deutschland ist dagegen Pharisäertum und Tartüfferie zu Hause.

Alle Kapp-Verbrecher und Kapp-Mörder blieben straffrei, während Arbeiter massenhaft verurteilt wurden,

indem man ihre Tat nicht als ein politisches Vergehen, sondern als ein gemeines Verbrechen wertete. Genosse Höllein führt den Fall des Bergmanns Schwalleck aus Essen an, den man unter der Beschuldigung der räuberischen Erpressung im Zuchthaus behielt, obwohl das Urteil selbst feststellen mußte, daß das beschlagnahmte Geld abgeliefert worden war. Solcher Fälle könnte ich mehrere Dutzend anführen. Dr. Radbruch kennt diese Vorgänge. Trotzdem behält er die Opfer weiter im Zuchthaus. Genau so verhält es sich im Falle Hölz. Besonders das Naumburger Sondergericht hat ungeheuerliche Bluturteile gefällt, die von Rechtsbeugungen strotzen. Die Opfer dieses Wüterichs sitzen nach wie vor in den Zuchthäusern, weil er den Leuten immer ehrlose Gesinnung attestierte, um sie ins Zuchthaus und nicht auf die Festung bringen und von der Amnestie ausschließen zu können. Der Fall des Tischlers Schieferdecker aus Schaffstädt ist ein klassisches Beispiel von Klassenjustiz dieses Gerichts. Er wurde zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilt auf Grund von ganz unmöglichen Aussagen eines Tierarztes, während eine ganze Schar von Entlastungszeugen einfach nicht vernommen wurde. Auch dieser Mann wird nicht amnestiert auf Grund der neuen Radbruchschen Amnestie, obwohl er bestimmt unschuldig ist.

Im Zuchthaus verbleiben ferner auch die unzähligen mitteldeutschen Arbeiter, die auf Grund des Sprengstoffgesetzes verurteilt wurden, obwohl Sprengungen so gut wie keine vorgekommen sind, und wo sie vorkamen, militärische Abwehrmaßnahmen darstellten. Will Herr Radbruch, daß diese Opfer im Zuchthaus verenden? Ganz zu schweigen davon, daß die meisten Opfer der Sprengstoffverurteilungen die Opfer von Spitzeln waren, angestellt von demselben Weismann, der dem Mörder Killinger 300 000 Mk. gegeben hat. (Hier ist Radbruch im Begriff, den Saal zu verlassen. Genosse Frölich ruft: Auf Wiedersehen, Herr Justizminister! Er rückt ab, der Kerl! — Ordnungsruf.) Wie das Richtertum in Deutschland bereits im voraus die Amnestie sabotiert, zeigt der Fall des Maurers Höhne aus Höhnstedt, der seit neun Monaten in Untersuchungshaft sitzt, von der Strafkammer in Eisleben nicht verurteilt werden konnte, darauf dem Schwurgericht in Halle überwiesen wurde, das ebenfalls nicht verurteilen konnte, den Mann aber nicht freisprach, sondern ihn in Haft behielt, um weiter Spitzelmaterial gegen ihn zu sammeln und ihn der Wohltat der Amnestie zu entziehen. **Die politischen Gefangenen dürfen keine Lebensmittelpakete mehr empfangen, obwohl ihre Kost täglich miserabler wird.** Die Leute werden also buchstäblich dem Hungertode ausgesetzt. Nirgends in der Welt werden politische Gefangene so gemißhandelt. Wir fordern, daß alle Arbeiter, die seit 1919 in Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen verurteilt wurden, in ganz Deutschland endlich aus der Strafhaft befreit werden.

Wir fordern weiter für die Eisenbahner die uneingeschränkte Amnestie.

Wir pfeifen auf das Wohlwollen des Ministers Groener, der bewiesen hat, daß sein Wort nichts gilt. Sogar ein bürgerlicher Anwalt ist entsetzt und erschüttert durch die Art der Disziplinarrechtsprechung Groeners. **Die Eisenbahner-Amnestie ist deshalb notwendig, weil Regierung und Reichstag Schuld an dem Streik der Eisenbahner tragen.**

In **dritter Lesung** wurde nach Annahme einiger geringfügiger Abänderungsanträge das Arbeitsnachweisgesetz angenommen. Der USPD.-Mann Brandes und der SPD.-Mann Giebel gaben vor der Schlußabstimmung die Erklärung ab, daß das Gesetz ihren Fraktionen keineswegs genüge, daß sie aber aus den bekannten Befürchtungen von Weiterungen diese schließlich doch schlucken werden. Es gelangte schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger Deutschnationalen zur Annahme.

Nächste Sitzung Freitag, 3 Uhr. Tagesordnung: Not der Presse, Nationalfeiertag, Disziplinargesetz für die Wehrmacht, Wuchergesetz.

•

In der Abstimmung zur Amnestie werden die Anträge der Kommunisten zum Teil gegen die Stimmen der USPD. und zum Teil auch der SPD. vom gesamten Bürgertum geschlossen niedergestimmt. Dasselbe Schicksal erfuhren auch alle gemeinsamen Abänderungsanträge der USPD. und der SPD. Es zeigte sich hierin wenig Einheitsfront des Proletariats gegenüber dem Bürgertum. Schließlich wurde die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen angenommen.

Ein Aktionsausschuß der drei Arbeiterparteien in Berlin

Die Gewerkschaftsunterkommission und die drei proletarischen Parteien im 12. Verwaltungsbezirk haben aus Anlaß des letzten Vorstoßes der Reaktion einen gemeinsamen Aktionsausschuß unter Hinzuziehung der Obleute der Großbetriebe gebildet.

Zweck und Aufgabe des Aktionsausschusses sind zunächst:

1. Bei allen zur unbedingten Durchführung des Berliner Abkommens der Spitzenkörperschaften notwendig werdenden Aktionen im 12. Bezirk die Kräfte der Arbeiterklasse zu mobilisieren und deren Führung in die Hand zu nehmen.

2. Bei den Parteien und ihrer Presse dahin zu wirken, ihre gesamte Kraft für dieses Ziel einzusetzen, dagegen alles zu vermeiden, was die einheitliche Kampffront des Proletariats zu zerstören geeignet ist.

•

Dem Beispiel des Bezirks Halle-Merseburg folgend haben sich nun auch im Magdeburg-Anhaltischen Bezirk Kontrollausschüsse gebildet, und zwar in folgenden Orten: Aken, Dessau, Hornhausen, Oranienbaum, Staßfurt, Wernigerode, Zerbst. Auch in West-Sachsen sind Kontrollausschüsse von der Arbeiterschaft eingesetzt worden, und zwar in: Borna, Geithain, Luca, Oschatz, Riesa, Ramsdorf, Regis, Trebsen und Wurzen. Die Arbeiterschaft muß die neugebildeten Ausschüsse überall unterstützen. Es kommt alles darauf an, diese einzige außerparlamentarische Position mit allen Mitteln zu halten und auszubauen.

Forderungen der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat gestern dem Berliner Magistrat neue, ab 1. Juli gültige Lohnforderungen, überreicht, die eine Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne um 12 Mark vorsehen. Der Stadt Berlin würde die Bewilligung dieser Forderung eine Mehrausgabe von rund zwei Milliarden Mark bis Ende dieses Jahres verursachen. Allein bei der Straßenbahn würden sich die Mehrausgaben auf etwa 400 Millionen Mark belaufen. Es ist daher in kurzem mit einem weiteren Anziehen der Tarifschraube zu rechnen.

•

Warum wirft wohl das Wolffsche Bureau, das die obige Meldung verbreitet, mit den Milliarden nur so herum? Will es damit die Gemeinde- und Staatsarbeiter satt machen? Oder will es beweisen, daß der Staat bankerott ist? Das weiß die Arbeiterschaft längst. Sie wird sich dadurch aber nicht abhalten lassen, sich das zum Leben Notwendige zu erkämpfen. Das Proletariat will leben! Es versteht aber auch, daß die Lohnfragen im Grunde große politische Fragen sind, die zum Beispiel mit der Erfassung der Sachwerte, der Beschlagnahme der großen Vermögen zusammenhängen.

Darum drängt jede Lohnforderung zum Kampf um die Arbeiterregierung!

Selbst die Reichswehr macht nicht mehr mit

Aus zuverlässiger Quelle wird uns gemeldet: Die 8. Kompagnie des Reichswehrregiments 9 (Lichterfelde) hat ihre Entlassung eingereicht mit der Begründung, den reaktionären Kurs in der Reichswehr nicht mehr mitzumachen. Die Entlassung wurde verweigert. Darauf Absingen der „Internationale" und anderer proletarischer Lieder in der Kaserne. Die Reichswehr besteht zum großen Teil aus proletarischen Elementen. In ihnen das Klassenbewußtsein wieder wachzurufen ist heute mehr als je eine wichtige Aufgabe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0002

Praktische Korrekturen an der demokratischen Theorie

Von Karl Radek.

Während vieler Jahre haben wir den Predigten der sogenannten „westeuropäischen", „demokratischen" Sozialisten zuhören müssen, in denen sie uns zur Revision unserer „barbarischen", „asiatischen" Ansichten aufforderten. Sie sagten uns: Begreift doch endlich, ihr Wunderlinge, daß der rechte Weg zum Sozialismus die Demokratie ist. Auf demokratischen Schienen könnt ihr nicht so schnell zum Sozialismus gelangen, wie mit dem Aeroplan der Diktatur, aber so werdet ihr es nicht riskieren, unterwegs den Hals zu brechen. Zweitens: kann keine Idee durch Gewaltaten verwirklicht werden. Deshalb ist der Kampf gegen die Weißgardisten mittels Ausnahmegesetz nicht nur eine Vergewaltigung von Ideen, sondern er ist auch — was noch schlimmer ist — ein Unsinn. Es muß ein jeder durch die Taten der sozialistisch-demokratischen Regierung überzeugt werden, daß es keine bessere Regierungsform gibt, als die Demokratie und kein besseres Wirtschaftsziel als den Sozialismus; dann wird sich auch das letzte Krokodil, wenn es schon nicht voller Rührung an der Brust der Demokratie heiße Tränen vergießen wird, wenigstens gehorsamst unterwerfen. Und erst vor einigen Tagen konnten wir Zeugen dessen sein, wie ins Land der bolschewistischen Heiden die berühmten Prediger der Demokratie, die heiligen Väter Vandervelde, Rosenfeld und Liebknecht kamen, um uns auf dem Prozeß der SR. zu belehren, wie man gegen seine Gegner auf demokratische Art kämpfen soll.

Der russische Arbeiter hörte aber vier Jahre lang zu und schluckte alles herunter, ohne daß er irgendwelcher Wirkungen der Predigten gewahr wurde. Jetzt kann er es mit Genugtuung sehen, wie unsere demokratischen Freunde ihre Prinzipien verwirklichen, als es sich herausstellte, daß es um die Sache etwas anders bestellt sei, wie sie in ihren Märchen erzählten. Ersteres führte sie der demokratische Weg nicht zum Sozialismus, sondern zum Abgrund der monarchistischen Restauration. Ihre Wortpropaganda, wie ihre Tatpropaganda konnte weder die deutschen Grundbesitzer noch die deutschen Kapitalisten davon überzeugen, daß die allerbeste Regierungsform die Demokratie sei. Die Kapitalisten und Grundbesitzer meinen, daß es in der gegenwärtigen Lage, wo derjenige, der im Wohlstand leben will, dem Arbeiter das Stückchen Brot aus dem Munde reißen muß, viel vorteilhafter sei, sich auf die kaiserliche Bureaukratie und Armee zu stützen, als auf Scheidemann, der im gefährlichen Moment auf die andere Seite der Barrikaden hinüberschleichen kann, um seine sehr wertvolle Gesundheit zu retten. Und die Propaganda durch die Tat, mittels deren die Herren demokratischen Sozialisten den Kleinbürger für sich gewinnen wollten, besteht darin, daß man ihm das Fell über die Ohren zieht, weswegen auch er den Kaiser zurückwünscht. Das Resultat all dessen ist die Stinnesierung anstatt Sozialisierung und die Demokratie erhält in ihre Brust eine Kugel nach der anderen. Ja, es ist nichts zu machen, man sieht, daß der Weg zum Sozialismus durch die Demokratie ein langer, schwerer Weg ist. Aber wir hofften, daß unseren demokratischen Lehrern die große Geduld eigen sei, von der sie uns predigten. Was sehen wir aber? Diejenigen, die gegen die Nachepolitik brüllten, als wir gegen die Attentäter Lenins Gewalt angewendet haben, fordern jetzt nicht nur den Tod der Mörder Rathenaus, sondern schlagen ihrem demokratischen Parlament vor, ein Ausnahmegesetz gegen die illegalen weißen Organisationen anzunehmen, das die Todesstrafe und lebenslänglichen Kerker für die bloße Zugehörigkeit zu Geheimorganisationen, deren Zweck der Sturz der Macht der demokratischen Republik ist, vorsieht. Mit lebenslänglichem Kerker und Konfiszierung des Vermögens sollen alle jene bestraft werden, die ähnliche Gesellschaften materiell unterstützen. Noch dazu — da überläuft uns ein kalter Schauer — sollen die schwersten Strafen über diejenigen verhängt werden, die für die Monarchie, gegen die Republik zu agitieren wagen usw. usw. Wozu all dies? Warum wollen die Herren demokratischen Sozialisten die monarchistischen Mörder nicht einfach übergeben, daß es dem Rathenau sehr unangenehm ist, wenn man ihm Handgranaten zuwirft? Und warum wollen die Herren demokratischen Sozialisten gegen solche alten Ideen, wie die Idee der Monarchie mit Gewalt kämpfen und sich nicht auf die Kraft ihrer Argumente stützen? Sie sagten uns: Mit Hilfe der Gewalt wolltet ihr die Entwicklung des Sozialismus beschleunigen, zu dem das russische Volk noch nicht herangereift ist. Und wenn es noch nicht herangereift ist, muß man einfach warten. In solcher Weise ist auch klar geworden, daß das deutsche Volk noch nicht ganz zur Republik herangereift ist. Jeder, der in Deutschland war, weiß es, daß weder Großkapitalist, noch der Kleinbürger, noch der Bauer republikanisch gesinnt ist und daß die Arbeiterschaft diese bürgerliche Republik bloß deshalb verteidigt, da sie noch immer besser ist, als die bürgerliche Monarchie. Von der republikanischen Ideologie, die in Frankreich durch die französische Revolution geschaffen wurde und jahrzehntelang im Glauben der Volksmassen als Axiom galt, ist in Deutschland gar keine Spur zu sehen. Und unsere Demokraten, statt vor der monarchistischen Natur — die, wenn man sie durch die Tür hinausjagt, durch das Fenster wieder hereinkriecht — das Feld zu räumen, rufen ängstlich aus: „Die Republik ist in Gefahr!" Ebert legt seinen Zylinder ab, zieht die phrygische Kappe auf, erneuert ein revolutionäres Tribunal, das die Monarchisten hinrichten lassen soll. Vor diesem Anblick würde sich Heine im Grabe umdrehen, der die Bemerkung machte, daß Deutschland keine Mördergrube sei, sondern ein Land, das seine Rubeln in Frieden verzehrt.

Als wir aber dies voraussagten, traten uns der Greis Kautsky und andere zahnlose Invaliden des vorsintflutlichen Sozialismus mit der Rede entgegen: Wir sind nicht gegen die Verteidigung der Demokratie, wenn sich gegen sie die antidemokratische Minderheit erhebt, aber dann werden wir unseren Gegner für sein Verbrechen verurteilen ohne zu Ausnahmegesetzen Zuflucht zu nehmen; im Gegenteil, wir werden strenge auf den Grundlagen der Demokratie verbleiben. Gestattet uns, ihr Herren gestrige Demokraten, zu erklären, daß ihr nicht nur Ausnahmegesetze ins Leben ruft, sondern daß ihr noch außerdem einen äußerst antidemokratischen Hintergedanken hegt. Ihr wollt die Demokratie nur ein bißchen „korrigieren". Ihr wollt ganz einfach mit den Ausnahmegesetzen nicht nur die illegale Weiße Bewegung unterdrücken, sondern einigermaßen auch die legale, um euch des Wahlausganges versichern zu können. Aber eure Demokratie wird dann so aussehen wie das spanische Mädchen, deren Unschuld man wiederherzustellen sucht, nachdem sie ihre Unschuld schon verloren hatte.

Dieser Triumph der deutschen Sozialdemokraten stinkt nach der Feigheit der Gesinnung. Aber wir möchten ihnen auch diese Feigheit verzeihen, wenn die geringste Hoffnung bestünde, daß sie auf dem Wege ihrer — wenn auch korrigierten — Demokratie verbleiben werden. Aber ihre ängstlichen Verkündigungen bei der Einführung der Ausnahmegesetze sind nicht das Zeichen des Ueberganges zum tatsächlichen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern das Zeichen des Kopfnerstreuens und der Flucht. Sie schreien „hoch" und „nieder", sie schwingen die phrygische Mütze und zeigen den Galgen bloß deswegen, weil es ihnen schon sehr angst und bange ist. Aber morgen, wenn es sich herausstellen wird, daß niemand dem Ebert eine Kugel in den Bauch schickt, werden sie sich wieder auf den homerischen Parlamentskampf mit den Herren Weißen beschränken solange bis dann die Granate nicht einem oder dem anderen ihrer Vertreter, sondern der Republik selbst zugeworfen wird. Was aber diese Demokraten aus den sogenannten demokratischen Prinzipien gemacht haben, das muß ein gesundes Lachen auslösen, wenn sie dann wieder ihr langweiliges demokratisches Lied anstimmen werden. Wir haben diese Lieder schon lange ausgelacht, wenn aber ihnen die deutsche Arbeiterklasse ins Gesicht lachen wird: „Scheidemann, rede nicht so schön und so demokratisch", dann wird davon unseren „demokratischen Sozialisten" heiß werden und dann kann der Kampf für die wirkliche, für die Arbeiterdemokratie begonnen werden, die ihre Feinde offen unterdrücken wird.

Die Sozialgesetzgebung gegen die Arbeiterschaft

Das Arbeitsnachweisgesetz, das neben der Arbeitsvermittelung die wichtigen Aufgaben der Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in sich schließen soll, sowie als Grundlage für die kommende Arbeitslosenversicherung vorgesehen wird, ist für die gesamte Arbeiterschaft von außerordentlicher Bedeutung. Dieses Arbeitsnachweisgesetz ist auch das erste Gesetz, das für den Neuaufbau der Sozialgesetzgebung, die unter dem klangvollen Namen das „neue Arbeitsrecht" verkündet wird, verabschiedet werden soll.

Die Arbeitgeberverbände haben von jeher in den Arbeitsnachweisen, besonders bei dem Niedergang der Konjunktur, eine starke Machtposition gehabt, die sie bei den wirtschaftlichen Kämpfen als eine gefährliche Waffe gegen die Arbeiterschaft in Anwendung brachten. Besonders waren es die Nachweise in der Metall- und Werktindustrie, sowie im Bergbau, die den schlimmsten Terror gegen die Arbeiter ausübten. und als Maßregelungsinstitute allgemein bekannt waren. Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung herrscht bis heute durch das Bestehen der unzähligen nicht gewerbsmäßigen Nachweise der wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer, der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, ein ungeheuerlicher Zustand der Zerfahrenheit, der sich insbesondere bei einer erneuten Wirtschaftskrise und Hochschnellen der Arbeitslosenziffer zum schweren Nachteil der gesamten Arbeiterschaft auswirken würde, und schrankenlose Unternehmerwillkür zur Folge hätte.

Hinzu kommen noch die gemeingefährlichen Nachweise der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die sich hauptsächlich auf dem Gebiet der Gastwirts- und Handelsangestellten, der Landarbeiter usw. erstrecken. Sie führen neben der entwürdigenden Behandlung einen wahren Raubzug auf Kosten der Aermsten. Ebenso gefährlich sind die charitativen Nachweise der konfessionellen Vereine und Anstalten, die unter dem christlichen Deckmantel die schlimmsten Brutstätten für Lohndrückerei und Streikbrechervermittlung sind.

Sollte also das Arbeitsnachweisgesetz die Anarchie in der Arbeitsvermittlung, sowie die gemeingefährlichen Begleiterscheinungen für die Arbeiterbewegung und der gesamten Volkswirtschaft beseitigen und die Zustimmung der Arbeiterschaft finden, so müßte das Gesetz auf folgender Grundlage aufgebaut sein:

Die Einführung der monopolisierten Arbeitsvermittlung durch das Gesetz, d. h. die Ueberführung aller nicht gewerbsmäßigen Nachweise in die öffentlichen rechtlichen Nachweisämter. Sofortige Auflösung der gewerbsmäßigen und charitativen Nachweise.

Die Selbstverwaltung der Arbeitsnachweisämter, der Landesämter und des Reichsamts durch die Arbeitnehmer in der gesamten Arbeitsvermittlung. Arbeitsbeschaffung, Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und Arbeitslosenfürsorge.

Die Einführung der Meldepflicht und des Benutzungszwanges der öffentlichen rechtlichen Arbeitsnachweise für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Aufbringung der Kosten für die gesetzlichen Arbeitsnachweise, der Landesämter und dem Reichsamt durch das Reich.

Von diesen Grundforderungen ist in dem Arbeitsnachweisgesetz nichts enthalten. Im Gegenteil, die nicht gewerbsmäßigen Nachweise der wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer, der Handels-, Handwerks- und Landeskammerra, bleiben bestehen. Damit werden die Machtpositionen der Unternehmer verewigt und gesetzlich sanktioniert. Ebenso sollen die gemeingefährlichen gewerblichen Nachweise weiter bestehen bis zum Aussterben der Inhaber dieser Nachweise. Die charitativen Nachweise der konfessionellen Vereine und Anstalten werden ebenfalls von dem Gesetz nicht betroffen und können ihr Unwesen weiter treiben.

Die Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer wird durch den technischen Aufbau und Verwaltung der nach dem Gesetz zu errichtenden Aemter völlig illusorisch gemacht.

Nach dem Gesetz werden errichtet: Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, sowie für die einzelnen Länder die Landesämter für Arbeitsvermittlung. Das Gesetz wird aber geradezu zu einer Komödie dadurch, daß den Unternehmern keine Meldepflicht der offenen Stellen an die öffentlichen rechtlichen Nachweise und kein Benutzungszwang auferlegt wird. Die Unternehmer brauchen sich bei der Einstellung von Arbeitskräften also gar nicht um die öffentlichen rechtlichen Nachweise zu kümmern, sondern können frei schalten und walten, wie sie wollen.

Das weiteren sieht das Gesetz vor, daß auch bei wirtschaftlichen Kämpfen (Streiks, Aussperrungen) die öffentlichen rechtlichen Nachweise weiter vermitteln müssen. Also sollen aus diesen Arbeitsnachweisen gesetzlich sanktionierte Streikbrecherbureaus gemacht werden. Der Gipfelpunkt in dem Gesetz wird wohl dadurch erreicht, daß die Arbeiter zu der Kostenaufbringung für die nach diesem Gesetz zu errichtenden Aemter und der Arbeitsvermittlung herangezogen werden sollen.

Die Folgen, die dieses Gesetz für die Arbeiterschaft und Volkswirtschaft bei einer wirtschaftlichen Krise hat, sind unübersehbar. Der Gewerkschaftskongreß hat in Leipzig in seiner Entschließung zu dem neuen Arbeitsrecht ausdrücklich betont, daß dieses Gesetz für die Arbeiter und Angestellten, für die Gewerkschaften unannehmbar ist.

Die Annahme dieses Gesetzes würde eine Provokation für die Arbeiterschaft und einen Sieg für die Unternehmer und die Reaktion bedeuten.

Die kapitalistischen Sonderkammern, Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern, sind zu beseitigen und die Bezirkswirtschaftsräte als ständige Kammern, in der die Werktätigen entsprechend ihren Leistungen für die Volkswirtschaft ein numerisches Uebergewicht und entscheidenden Einfluß haben, zu errichten. Mit der Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte müssen auch die Rechte der Betriebsräte erweitert werden. Die weitestgehenden Aufgaben und Rechte müssen für die Bezirkswirtschaftsräte erkämpft werden. Die Kontrolle der Produktion in der Industrie und Landwirtschaft und das Mitbestimmungsrecht bei der Preisbildung und dem Verkauf der Ware. Ferner die Transportkontrolle. Die Kontrolle der Finanzen und Steuern, insbesondere die Einziehung derselben. Das Vorhandensein Mitbestimmungsrecht bei dem Neuaufbau der Sozialgesetzgebung.

Nur durch eine lebendige Teilnahme der Werktätigen bei den Sozialgesetzen ist es möglich, ihre ureigensten Angelegenheiten selbst wahrzunehmen und die Sozialgesetzgebung derartig auszugestalten, wie sie der Entwicklung der neuen Zeit und dem Willen der Arbeiterklasse entspricht.

Kontrollausschüsse an der Wasserkante

Kontrollausschüsse haben sich gebildet in: Kiel, Ihehoe, Uetzen, Neumünster, Rendsburg, Wankendorf, Brunsbüttelkoog, Heide, Husum, Elmshorn und in vielen anderen Orten.

An vielen anderen Orten wurden nicht stillgelegte Betriebe bei der Demonstration gewissen geschlossen. In Rendsburg und in anderen Orten hat man mit Hilfe der Kontrollausschüsse Bezahlung der Streiktage erreicht. Die Belegschaft der Deutschen Werft in Kiel forderte unter anderem bei der Säuberung des Betriebes von reaktionären Elementen die Entlassung der Betriebsdirigenten Mustrau, Bergemann, Anger und Storch, die sich durch besonders reaktionäres Verhalten bemerkbar gemacht hatten. Zur Verhütung einer Wiederholung ähnlicher Zustände, fordert die gesamte Belegschaft, daß bei Einstellung neuer Kräfte die Organisationszugehörigkeit angegeben wird. Dieses Vorgehen ist vorbildlich.

Die Verelendung in Ziffern

91-fache Preissteigerung

Die Preise steigen jetzt Tag für Tag. Aber auch schon im Monat Juni ist eine gewaltige Teuerung zu verzeichnen gewesen, wie die „Frankfurter Zeitung" vom 1. Juli in klaren Ziffern beweist.

Am 1. Juni 1922 war im Vergleich zu den Preisen von Mitte 1914 eine 78,4fache Steigerung zu verzeichnen. Alle Gruppen sind im Monat Juni gestiegen. Die Lebensmittel um das 83,2fache gegenüber dem 69,6fachen am 1. Juni. Besonders stark war die Teuerung der Auslandswaren, Reis, Kaffee, Auslandsweizen, des inländischen Getreides und Eier.

Die höchste Steigerung haben Textilien und Leder zu verzeichnen, die auf das 140fache des Vorkriegspreises gestiegen sind. Der Baumwollpreis ist innerhalb eines halben Jahres von 38 Mk. auf über 200 Mark pro Kilogramm verteuert worden.

Der Kohlenpreis beträgt das 100fache, der Eisenpreis das 118fache der Preise von 1914. Die Kohlenpreiserhöhung bringt in ganz kurzer Zeit eine Erhöhung in sämtlichen Produktionszweigen. Ebenso bedingt die neuerliche Erhöhung der Kali- und Stickstoffdüngerpreise eine weitere Verteuerung der Lebensmittel.

Die Kleinhandelspreise sind bei dieser neuen gewaltigen Preissteigerung noch nicht im selben Verhältnis teuer geworden, wie die Großhandelspreise. Diese Erscheinung tritt bei Preissteigerungen öfters ein. Es ist aber ganz sicher, daß die Kleinhandelspreise in kurzer Zeit die Preissteigerung nachholen werden.

Während Lebens- und Genußmittel um das 83fache, Textilien und Leder um das 139fache, Mineralien um das 121fache gestiegen sind, sind die industriellen Endprodukte „nur" um das 67,5fache gestiegen. Dies wird dadurch möglich, daß die deutschen Arbeiter die niedrigsten Löhne erhalten, daß sie für Kulilöhne arbeiten müssen. Trotzdem hat die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie stark abgenommen, und gegen die durch den neuen Markkurz entstandene Preisdifferenz suchen sich die Industrieländer durch Erhöhung der Schutzzölle zu schützen.

Die Preissteigerung und die Teuerung hat aber in den wenigen Tagen des Monats Juli mindestens den gleichen Umfang wie des ganzen Monats Juni angenommen. Der Markkurz dauert an, der Dollar wurde am gestrigen Tage mit 450 notiert. Die wichtigsten Preise, vor allem die Getreidepreise, steigen im gleichen Verhältnis, wie die ausländischen Devisenkurse.

Während die Teuerung weitergeht, werden die Löhne um ein Geringes oder überhaupt nicht erhöht. Während noch vor kurzem die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegenüber 1914 auf die Hälfte gesunken war, hat sich heute das Verhältnis weit verschlechtert. Während die Lebenshaltungskosten um das fünfundachtzigfache gestiegen sind, sind die Löhne nur um das fünfunddreißigfache durchschnittlich gesteigert worden. Der Reallohn sinkt von Tag zu Tag, die Verelendung wächst. Wenn sich die Kohlenpreise und Gütertarifserhöhungen erst ganz ausgewirkt haben, werden die Verhältnisse noch schlechter werden. Es darf daher keine Stunde verloren werden, um Abwehrmaßnahmen gegen eine neue Verelendung der Arbeiterschaft zu treffen. Alle Organisationen der Arbeiterschaft müssen sofort Maßnahmen gegen eine weitere Verelendung vorbereiten und durchführen.

„Roßbach" und „Consul"

Durch neuerliche Verhaftungen — es werden nicht nur Entlassungen vorgenommen — hat sich herausgestellt, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit seinen monarchistischen Finanzkräften und Hintermännern außerordentlich stark an der Geheimorganisation C beteiligt ist. Inzwischen ist auch über die noch immer existierende Organisation „Roßbach" (ihre Zentrale befindet sich unter dem Namen „Deutsche Auskunft" in Wannsee) allerhand Material bekannt geworden, woraus aufs neue hervorgeht, daß sie von den Großgrundbesitzern ausgehalten wird und sich nicht nur mit der Vorbereitung des monarchistischen Umsturzes, sondern auch mit der Knebelung der Landarbeiter beschäftigt. Die Arbeitsgemeinschaft Roßbach, die bei einem bevorstehenden Rechtsputsch jeden Juden kaltzumachen droht, ist durchweg mit Waffen, Dolchen und Gummiknüppeln versehen. Sie hat bei ihren Umtrieben von Mecklenburg bis München sicherlich die besten Beziehungen auch zu den Rathenau-Mördern. Und dieses Verschwörernest ist von einer Regierung noch immer nicht ausgehoben, die ihrerseits statt dessen monarchistische Reichswehrtruppen rings um Berlin konzentriert. Diese Provokation durch bayerische Reichswehr wird dann mit angeblichen „Sportbewegungen" für demokratisch Dumme bemäntelt.

Auf derselben Höhe bewegt sich auch die republikanische Säuberung der monarchistischen Ausschmückung des Reichstages, die man in der Weise vollzieht, daß man sie zunächst einer Kommission von — Kunstsachverständigen zur Prüfung überweist.

Das Land, in dem die Schokoladenfabriken explodieren

Nach der noch immer nicht aufgeklärten Explosion der Schokoladenfabrik Sarotti sind jetzt aufs neue zahlreiche Explosionen vorgekommen, die nicht nur die Entente-Kommissionen tief blicken lassen. Gewaltige Munitionsmengen sind bekanntlich in Kiel im staatlichen Marine-Arsenal aufgefunden worden, und am Dienstag hat sich kurz nach der Untersuchung durch einen Entente-Offizier in Cuxhaven die furchtbare Explosion eines Minendepots ereignet, wobei mehrere Schuppen und Depots in die Luft flogen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist groß. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die Zahl der Massenfunde wächst täglich, und selbst bei angeblichen „Malern" aus München explodieren auf der Reise Körbe mit Sprengmunition. Besonders bei Potsdam und in Magdeburg nehmen die Massenfunde gewaltige Dimensionen an. Die Orgesch lebt! Die Arbeiterschaft sei wachsam!

Die Braunschweigische Landesregierung begünstigt monarchistische Waffenschiebungen

Ein der Landesregierung gemeldeter Waffengeheimtransport von der Dammtöhlerschen Ziegelei in Braunschweig ist trotz der formalen Mobilmachung einiger Spioleute, die das Auto zwar anhielten, alsdann wohl um größere Aufdeckungen zu verhindern, durchließen, ungestört vollzogen worden.

Ausland

Die Spaltung der italienischen Sozialistenpartei

Das Zentralkomitee der maximalistischen Fraktion (der Serrati-Flügel) veröffentlicht einen Aufruf, welcher die Haltung der Fraktion am Augustkongreß der Sozialistischen Partei festlegt. Der Aufruf spricht sich offen für die Trennung von den Koalitionspolitikern aus. Es heißt in dem Manifest u. a.: „Die Genossen des rechten Flügels haben die Parteidisziplin gebrochen und die Bereitschaft ihrer Kammergruppe verkündigt, die Politik einer bürgerlichen Regierung zu unterstützen. Damit haben sie die Parteidisziplin gebrochen und bereiten sich nun vor, mit den Bürgerlichen in die Regierung hineinzugehen. Sie stellen sich aber damit in Widerspruch zu den Beschlüssen aller sozialistischen Kongresse, weshalb die maximalistische Fraktion die Spaltung als eine durch die Schuld des rechten Flügels vollzogene Tatsache feststellt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0003

K.P.D

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distriktsführer! Morgen Sonnabend, abends 6 Uhr, im Parteisekretariat: Material abholen.

Kommunistische Bauarbeiter. Sonnabend, den 15. Juli, abends 7½ Uhr, im großen Zimmer der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.** Kampfsonbsmarken-Abrechnung eine halbe Stunde früher.

Kommunistische Metallarbeiter. Heute, Freitagabend, 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Fraktionssitzung.**

Kommunist. Gastwirtsangestellte. Montag, 17. Juli, vorm 10 Uhr, im kleinen Zimmer der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Besprechung.** Sympathisierende können durch Mitglieder eingeführt werden.

Distrikt 5. Alle Zehner- und Hundertschaftsführer am Sonnabend im Saale der Prod.-Genossenschaft. Strichelkarten mitbringen.

Distrikt 7a. Sonnabend, 15 Juli: **Agitationstour nach Morl.** Abmarsch abends 8 Uhr mit Musik vom „Kaffeegarten" (Trotha). Genossen aller Distrikte sind eingeladen.

Distrikt 16. Sonnabend, den 15. Juli, in der „Quelle": **Distriktssitzung.** Alle Zehner- u. Hundertschaftsführer müssen anwesend sein.

Halle-Saalkreis.

Beesedau. Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Löwen": **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Gen. Oertel (Halle).

Oemöde. Sonnabend, 15 Juli, abds. 8 Uhr, im Gasth. Möslein: **Mitgliederversammlung**

Trebitz. Sonntag, 16 Juli, nachm. ½3 Uhr, im Schulhaus: **Oeffentliche Versammlung.**

Morl. Sonntag, 16. Juli, nachm. 3 Uhr, im Lokal Stope: **Mitgliederversammlung.** Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Brachstedt. Sonntag, 16 Juli, abends 7 Uhr, im Gasthof Koch: **Mitgliederversammlung.**

Dölnitz. Sonntag, 16. Juli, abds. 7 Uhr, im „Palmbaum": **Mitgliederversammlung.** Vortrag des Genossen Buchholz.

Kreis Bitterfeld.

Brehna. Sonnabend, 15. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Generalversammlung.**

Greppin. Montag, 17. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Schmidt: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Liebenwerda.

Liebenwerda. Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Refer.: Gen. Schumann (Halle).

Kreis Delitzsch.

Gleisen. Sonnabend, 15. Juli, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Mansfelder Seekreis.

Eisleben. Sonnabend, 15. Juli, abds. 8 Uhr: **Funktionärversammlung.** Genosse Müller wird bestimmt erscheinen.

Eisleben. Montag, 17. Juli, abends 7 Uhr: **Außerordentliche Funktionärsitzung.** Ref.: Genosse Höcker (Halle). Alle kommunist. Gewerkschafter, Funktionäre und Betriebsräte müssen erscheinen.

Alberstedt-Hornburg. Sonnabend, den 15. Juli, abends 7½ Uhr, im Gasthof zu Alberstedt: **Gr. öffentliche Versammlung.** Refer.: Gen. Lademann.

Erdeborn. Sonnabend, 15. Juli, abds. 8 Uhr, im Lokal Träger: **Große öffentliche Versammlung.** Thema: „Was erfordert die Stunde vom Proletariat". Ref.: Gen. Menzel.

Bischofsroda. Sonntag, 16. Juli, abds 8 Uhr, im Lokal Urbach: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Lademann.

Kreis Merseburg.

Beuchlitz. Sonnabend, den 15. Juli, abends ½9 Uhr, im Lokal Schubert: **Sitzung aller kommunistischen Elternbeiräte.** Montag, den 17. Juli, abends ½9 Uhr, im Lokal Schubert: **Sitzung des Bildungsausschusses.**

Kahnis. Sonntag, 16. Juli, nachmitt 4 Uhr, im „Gasthof zur Deutschen Krone": **Oeffentl. Volksversammlung.** Thema: „Die jetzige politische Lage". Refer.: Gen. Höcker (Halle).

Kreis Weißenfels.

Langendorf. Sonnabend, 15. Juli, abds. 8 Uhr, bei Lorbeer: **Mitgliederversammlung.**

Kretzschau. Sonntag, 16. Juli, abds. 6 Uhr, im Restaur. Börner: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Kommunist. Kindergruppe. Mittwoch, den 19. Juli, nachm. 4 Uhr: **Antreten am Schülerplatz zur Wanderung nach dem Knittelholz.**

Aue-Aylsdorf-Zangendorf. Sonntag, 16. Juli, abds. 8 Uhr, im Gasthof Zangendorf: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Sangerhausen.

Bornstedt. Sonntag, den 16. Juli, nachmittags 3 Uhr, im „Weißen Roß": **Oeffentl. Volksversammlung.** Thema: Wir haben demonstriert, was nun? Referent: Gen. Lademann.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Stenotypistin

nach Stenogramm schreibend, zum baldigen Antritt gesucht. Bewerber müssen gewerkschaftlich organisiert sein. Angebote an die F

Produktiv-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg
e. G. m. b. H.,
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Saison-
Ausverkauf

Ganz gewaltig
sind die
Preisherabsetzungen
in unserer großen Spezial-Abteilung
Damen-Konfektion!

Einige Beispiele:

Reise-Mäntel aus Homespun, mit farbig unterlegtem Kragen	595,00	**Staub- od. Regen-Mäntel** imprägniert, in verschiedenen Farben	595,00
Reise-Mäntel aus vorzügl. hellgrauem Homespun, weite Schlüpferform	895,00	**Alpaka-Mäntel** für Frauen, schönes, weites Fasson	695,00
Übergangs-Mäntel aus kräftigem, grau melliertem Stoff	975,00	**Covercoat-Mäntel** für Frauen, besonders lang, mit schöner Stepperei	975,00
Astrachan-Mäntel auf Cloth oder Serge gefüttert	1250,00	**Covercoat-Mäntel** jugendlich weite Sattelform, mit farb. Unterkragen	1250,00
Krimmer-Mäntel auf gutem Satin-Futter	1950,00	**Winter-Mäntel** große, schöne Auswahl	1475,00

Homespun-Kostüme 985,00
für die Reise 1275,00

Strickjacken Wolle, für Bad, Reise und Sport in vielen Farben 875,00	695,00	**Kostüm-Röcke** aus kräftigem braunen Stoff	198,00
Strickjacken aus Kunstseide 950,00	550,00	**Hemd-Blusen** aus dunklem Musselin	125,00
Voll-Voile-Kleider schöne Dessins 750,00	495,00	**Hemd-Blusen** a. Zephir, gestr., gute Verarbeitg.	195,00
Kleider beliebtes schwarz-weißes Karo, mit farb. Kragen und Aermelaufschlägen	550,00	**Voile-Blusen** m. reicher Hohlsaum-Verzierung	138,00

Woll-Kleider 895,00
aus vorzüglichem Cheviot, mit reicher Handstickerei.

Verkauf im 1. Stock.
Auf Ständern und besonderen Auslagen übersichtlich geordnet!

Kommen Sie sofort, je zeitiger, desto besser für Sie, **denn** zu diesen Preisen werden wir sehr schnell geräumt haben.

Unsere Schaufenster zeigen unsere **grosse Leistungsfähigkeit**

NUSSBAUM
Fernsprecher 6378.
Das führende Kauf- und Warenhaus Halles. 2893

Walhalla.
2 letzte Tage.
Das Riesenprogramm.
Holde Weise a. all. Bühnen!
Anf. 8. Vorverk. 10—1 u. ab 6 Uhr. Sonntag 3.30 u 8 Uhr Beginn des Intern. Ringer-Meisterkeiles **24 Champions.** 120 000 Mk. Preise.

Stadttheater
Sonnabend, d. 15. Juli, Anf. 7½, Ende 10 Uhr.
Der Zigeunerbaron.
Operette v. Jh. Strauß.
Sonntag: 2887
Der Evangelimann.

Turn- u. Sportverein „Fichte", Halle.
Turnhalle: „Volkspark"
Turner-Abt.: Dienstag u. Freitag von 7—9
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch von 7—9.
Schüler-Nord-Abteilung: Dienstag und Freitag von 5—7.
Schülerin.-Nord-Abteilung: Mittwoch von 5—7.
Schüler-Süd-Abt. v. 10-12 J.: Glauchaersch. v. 5—7.
Schülerinnen-Süd-Abt.: Freitag, Glauchaersch. von 5—7.
Schüler-Süd-Abt. v. 6-10 J.: Johannessch. v. 5—7.
Fußball-Abt.: Trainieren jed. Donnerstag, Peißnitz, von ½7—½9.
Dienstag, den 18. Juli, abends 7 Uhr, im „Volkspark": 2885
Generalversammlung.
Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.
Material zum Bundesfest in Empfang nehmen.

Brieftaschen
Ia. Leder, billigst
Hugo Krasemann,
Lederwar.-Spez.-Geschäft,
nur Schmeerstr. 19.

Gold-,
Silber-, — Platin-Bruch
Uhren
Brennstifte, Zähne
kauft **A. Sparmann,**
Gr. Steinstraße 47,
am Walhalla. 514

Kalk- u. Steinträger
Heute abend ½8 Uhr im „Volkspark" (Kartellzimmer):
Besprechung.
Jede Baustelle muß vertreten sein.
2890 **Der Einberufer.**

Konsum-Produktivgenossenschaft „Volkshaus", Jeßnitz (e. G. m. b. H.).
Sonntag, den 16. Juli, nachmittags 4 Uhr:
General-Halbjahrs-Versammlung
Tagesordnung:
1. Verlesung des Protokolls.
2. Geschäftsbericht. *590
3. Genossenschaftliches.

Anträge an die Generalversammlung müssen spätestens 5 Tage vorher beim Vorstande schriftlich eingegangen sein.
Der Aufsichtsrat. J. A.: Fr. Winkemüller. **Der Vorstand.** J. A.: O. Krüger.
*605

Jeßnitz.
1000 Mark Belohnung!
sichern wir demjenigen zu, der uns den oder die Täter, die in der Nacht zum Sonntag die **Schießmauer** im **„Kühlen Morgen" umgerissen** und das **Bauholz** und **Steinmaterial** im **„Volkshaus" gestohlen** haben, so nachweist, daß wir ihn gerichtlich belangen lassen können.
Die „Volkshaus"-Verwaltung.

Neueröffnung **Neueröffnung**
meines
Rohproduktengeschäfts
Schillerstraße 25, im Hofe
Inhaber: **Karl Südekum.**
Werde bemüht sein, die **höchsten Tagespreise** zu zahlen für:
Lumpen, Knochen, Papier, Zeitungen, Bücher, Eisen und sämtliche Alt-Metalle.
Außerdem: 2888
Felle, Wein- u. Sektflaschen.
Hole auch ab. Karte genügt.
Neueröffnung **Neueröffnung**

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Eisleben.
Heute, Freitag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im Garten des „Volkshauses" (bei ungünstiger Witterung im Saal):
Massen-Versammlung
aller Arbeiter, Angestellten und Beamten Eislebens.
Thema: **Was nun?**
Redner:
Böttge (USPD.) **Menzel** (KPD.) **Müller** (SPD.)
Demonstranten der beiden Dienstage, erscheint in dieser Versammlung! 409
Gewerkschaftskartell, USPD., KPD., SPD.

Vereine

Deutscher Metallarbeiterverband, Eisleben.
Zahlstelle: O. Springhetti, Bäckergasse 12, II. 343

Arbeiter Turnverein „Ludwig Jahn", Eisleben.
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr, Sonntags: 10—12 Uhr: Turnstunde.
Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabteilung.
Jeden Sonntag nach dem 15.: Monatsversammlung. 166
Schwimmabteilung: Uebungsstunden jeden Mittwoch u. Freitag, abends 7 Uhr, im Volksbad.

Gemischter Chor, Eisleben.
Nächste Woche Montag u. Freitag Singestunde.
Heute, Freitag, den 14. Juli 1922, abend 8 Uhr **Mitgliederversammlung.**
Sonntag, den 16. Juli, mittags 12.20 Uhr: Abfahrt nach Oberröblingen a. S. 387

Arbeit.-Samariter-Kolonne Eisleben.
Jeden Sonntag vorm.: Uebungsstunde im Jugendheim. 388

Deutscher Bauarbeiterverband, Eisleben.
Jeden Mittwoch nach d. 15., i. „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.**

Ztrv. prot. Freidenker, Eisleben.
Jeden 4. Sonntag im Monat i. „Volkshaus": **Versammlung.** 376

Internationaler Bund aller Kriegsopfer. Ortsgr. Eisleben.
Jeden Donnerstag: Beratungsabend.
Jeden 1. Montag, nach dem Monatsessen: **Mitgliederversammlung.**

Deutscher Bergarbeiter-Verband, Eisleben.
Jeds. zweit. Sonntag im Monat i. „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.**
Zahlstelle: Koll. Hendrich im „Volkshaus".

Eisleber Lichtspiele.
Freitag bis Montag die große Ueberraschung:
Persönliches Gastspiel
des berühmten Sturm- und Wirbeltänzers **René von Olsen,** ferner, auch **persönlich,** die feische Tanzkünstlerin **Gertie von Rottkay.**
Das große Radiumgeheimnis.
3. Teil:
In der Gewalt eines Wahnsinnigen.
Vorgeschichte und 6 sensationelle, spannende Akte voller Abenteuer.
Albert Bassermann, Gertrud Welcker, Bernhard Goetzke, Else Bassermann in:
Puppen des Todes.
Packendes, dramatisches Gesellschafts- u. Lebensbild in 5 Akten.
Sonntag: Kassenöffnung 4 Uhr
407 **Beginn für Erwachsene: 4½ Uhr.**

Arbeiter-Samariter-Kolonne Eisleben
— (Mitglied des Arbeiter-Samariter-Bundes). —
Sonnabend, den 15., u. **Sonntag,** den 16. Juli, im Garten und Saal des **„Volkshauses":**
2. Stiftungsfest.
Sonntag von 3 Uhr an:
Ball verbunden mit **Garten-Konzert.**
Während der Pausen: Vorführung lebender Bilder.
408 **Der Festausschuß.**

Parteischriften empfiehlt **Volksbuchhandlung Eisleben,** Breiter Weg 3.

Maurer gesucht. 403
Amsdorf bei Mansfeld am See
Verbindungsstraße 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 14. Juli 1922

Wer wird amnestiert?

Der Kuhhandel mit dem Amnestiegesetz für Preußen ist am **Dienstag** im Landtag beendet worden und als Gesetz in Kraft **getreten**. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß gerade dieses **Gesetz** der Prüfstein für die Durchführung der Forderungen des Berliner Abkommens ist, zu dem sich alle drei Arbeiterparteien **verpflichtet** hatten. Auch vom Gewerkschaftskongreß in Leipzig war **gefordert** worden, daß eine ganze Amnestie das empörende **Unrecht**, das von den monarchischen Richtern im Namen der **Republik** gegen die vordersten Kämpfer des Proletariats in wüten**dem** Haß verübt wurde, wieder gutmachen soll. Das Amnestie**gesetz** ist nun da. Es erfüllt aber weder das, was die Spitzen**organisationen** gefordert haben, noch das, was die Regierung im ersten Schrecken über den Rathenaumord den erregten Massen versprochen hatte. Darum ist und kann auch noch nicht das letzte Wort über dieses Amnestiegesetz gesprochen sein. Der Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen ist mit der Annahme dieses Amnestiegesetzes nicht erledigt. Er beginnt erst. Die Arbeiterschaft wird jetzt lauter und nachdrücklicher den Ruf erschallen lassen: **Heraus mit allen politischen Gefangenen!** und wird für diese Forderungen auch kämpfen.

Das Berliner Abkommen forderte völlige politische Amnestie, das Gesetz aber beschränkt die Amnestie nur auf die Zeit nach dem Kapp-Putsch und auf Verurteilungen vor den Sondergerichten, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Roheit, Eigennutz oder sonstigen nichtpolitischen Gesichtsgründen beruhen. Ausdrücklich ausgenommen von der Amnestie sind Verbrechen gegen das Leben, der schweren Körperverletzung, des schweren Raubes, der Brandstiftung und gegen das Sprengstoffgesetz. Nach dieser „Amnestie" bleiben glücklich nicht nur die politischen Gefangenen Bayerns sämtlich in Haft, es bleiben auch alle die im Gefängnis und im Zuchthaus, die bis heute noch nicht entlassen sind. Denn fast alle, die heute noch in den Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, sind auf Grund eines der „Verbrechen" verurteilt worden.

Wir sind davon überzeugt, daß auch dieses mit Hilfe der Sozialdemokratie angenommene Amnestiegesetz von den monarchistischen Staatsanwälten sabotiert wird, und daß auch diejenigen, denen Straffreiheit gewährt wird, weiter festgehalten werden. Damit die Angehörigen der politisch Inhaftierten über das Gesetz informiert sind, wollen wir hier einige Paragraphen zum Abdruck bringen:

§ 1. Für Straftaten, die mit den politischen Unruhen im Frühjahr 1921 oder mit der Abwehr des Kapp-Putsches im Frühjahr 1920 in Zusammenhang stehen, wird, soweit das Begnadigungsrecht dem Freistaat Preußen zusteht, Straffreiheit gewährt.

§ 2. Unter der gleichen Voraussetzung wird Straffreiheit gewährt für solche Straftaten, die im Jahre 1921 im Zusammenhang mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform begangen worden sind. Zu diesen Kundgebungen gehören insbesondere diejenigen wegen Ermordung des früheren Reichsministers Erzberger.

§ 5. 1. Wird die von dem Beschuldigten oder Verurteilten auf Grund dieses Gesetzes in Anspruch genommene Straffreiheit durch gerichtliche Entscheidung verneint, so sind auf seinen Antrag die Akten einem Ausschuß vorzulegen, den das Staatsministerium zur Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes beruft. Erachtet der Ausschuß die Voraussetzungen der Straffreiheit für gegeben, so legt er die Akten dem Staatsministerium zur weiteren Entschließung vor.

2. Bei einer Straftat, die nach § 4 von der Straffreiheit ausgenommen ist, kann der Ausschuß auf Antrag des Beschuldigten oder Verurteilten sich für Gewährung der Straffreiheit aussprechen, wenn die Strafat auf politischen Beweggründen beruht; Abs. 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

3. Soweit der Ausschuß sich für Straffreiheit ausspricht, kann das Staatsministerium auch gerichtlich anhängige Strafsachen niederschlagen.

§ 6. 1. Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die noch nicht verbüßten Strafen und die rückständigen Bußen und Kosten erlassen, die eingeleiteten Verfahren, auch soweit sie gerichtlich anhängig sind, niedergeschlagen und neue Verfahren nicht eingeleitet.

2. Ist auf Einziehung erkannt, so behält es dabei sein Bewenden.

3. Ist aus mehreren Strafen, von denen ein Teil unter dieses Gesetz fällt, eine Gesamtstrafe gebildet worden, so sind die unter dieses Gesetz fallenden Einzelstrafen in voller Höhe von der Gesamtstrafe in Abzug zu bringen.

Nach § 5 Abs. 2 können also auch Inhaftierte zur Entlassung kommen, die nach § 4 (Verbrechen gegen das Leben, der schweren Körperverletzung, der Brandstiftung, der vorsätzlichen Gefährdung eines Eisenbahntransportes und gegen das Sprengstoffgesetz) von der Straffreiheit ausgenommen sind, wenn der Ausschuß sich auf Antrag des Verurteilten für die Gewährung ausspricht.

Nach § 6 sind alle rückständigen Bußen und Kosten für alle Verurteilten erlassen, denen Straffreiheit gewährt wird. Da uns bereits bekannt geworden ist, daß die Gerichtsbehörden diese Gelder weiter einkassieren, fordern wir alle Angehörigen auf, von jetzt ab keinen Pfennig mehr zu zahlen. Es kommen hierbei natürlich noch solche Verurteilungen in Frage, die unter die Amnestie fallen.

Funktionär-Sitzung der KPD.

Im Vorraum des großen „Volkspart"saales fand gestern abend eine gut besuchte Funktionärsitzung statt. In einem sehr eindrucksvollen Referat behandelte ein Genosse von der Zentrale die politische und wirtschaftliche Lage. Er schilderte die katastrophale Lage Deutschlands, die zwar schon vor dem Rathenaumorde vorhanden war, aber erst jetzt von den breiten Massen richtig erkannt werde. Es sei kein Zufall, daß die politische, wirtschaftliche und finanzielle Krise in Deutschland jetzt zusammenfalle, sondern das ganz natürliche Ergebnis einer Demokratie sei, die mit den demokratischen Grundsätzen nie etwas zu tun gehabt hätte. Die Folge dieser Bankerottpolitik würde eine ungeheure Revolutionierung der arbeitenden Bevölkerung sein. Auch wenn die USPD. in die Regierung aufgenommen würde, wäre weder für die Arbeiterschaft etwas gebessert, noch könnte die Krise überwunden werden; vielmehr würde die ganze Situation dadurch noch mehr verschärft. Ein Ausweg sei nur die Arbeiterregierung, die sich auf den entschlossenen Kampfwillen der proletarischen Massen stützen könne.

In der Diskussion gab Genosse Oelßner einen kurzen Bericht über die Lage in Schlesien und Genosse Oertel stellte an die Redner die Frage, welche Gefahren einer Arbeiterregierung von der Entente drohen könnten. Auch diese Frage wurde von den Rednern in ausführlicher Weise beantwortet.

Achtung, Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Die Wahlen zum 9. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter finden am Sonnabend, dem 15. Juli, in folgenden Lokalen statt:

„Volkspart" von 4—6 Uhr,
„Gewerkschaftshaus" von 4—6 Uhr,
Verbandsbureau, Dryanderstraße 10, von 4—6 Uhr.

Alle revolutionären Gemeinde- und Staatsarbeiter, die wollen, daß sich der Verbandstag gegen die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten, für den Klassenkampf und die Einheitsfront des Proletariats entscheidet, geben bei der Wahl ihre Stimme dem Kollegen Karl Lorenz.

Wahlrecht ist Wahlpflicht! Kein Genosse darf sich von der Wahl drücken.

Sabotage im Kreiswohlfahrtsamt

In der letzten Sitzung des Kreistages am Mittwoch, behauptete unser Genosse Sattler aus Bruckdorf, mit Recht, daß das Kreiswohlfahrtsamt einen Beschluß des Kreistages nicht in loyaler Weise ausgeführt habe.

Am 15. Dezember 1921 hatte der Kreistag 100 000 Mark zur Gewährung von Beihilfen an Altkriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Friedensrentenempfänger und Familien der politischen Inhaftierten bewilligt. Von den 100 000 Mark sind 60 000 Mark übrig geblieben. Das beweist schon, daß das Kreiswohlfahrtsamt die Gelder lieber in der Kasse behält, als sie den Notleidenden auszuzahlen. Der Direktor des Kreiswohlfahrtsamtes Party behauptet dann, daß überhaupt nur 33 Familien politisch Inhaftierter im Saalkreis vorhanden gewesen wären. Die „Rote Hilfe" hat im Dezember 1921 im Bezirk Halle-Merseburg eine Umfrage veranstaltet, und das Ergebnis zeigte, daß im Saalkreis allein 60 Familien politisch Inhaftierter unterstützt werden. Davon erhielten nur 21 Familien geringe Unterstützungen durch die Gemeinden. Gerade dieses Ergebnis veranlaßte die Kommunisten, jenen Antrag auf Unterstützung dieser Familien aus Kreismitteln zu stellen. Das Ergebnis der Umfrage, das noch nicht einmal Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, ist seinerzeit allen Landratsämtern zur Verfügung gestellt worden. Das Landratsamt im Saalkreis hat aber keinerlei Gebrauch davon gemacht. Unsere Genossen im Kreistag werden in der nächsten Sitzung diesem Wohlfahrtsdirektor ganz energisch Bescheid sagen müssen. Wie notwendig endlich ein Landrat im Saalkreis ist, der die Energie aufbringt, den Beamten entgegenzutreten, die die Beschlüsse der Kreistagsmehrheit illusorisch zu machen versuchen, zeigt gerade dieser Vorfall.

Das Gewerkschaftsfest

Nachdem die Vorbereitungen zum Gewerkschaftsfest alle getroffen sind, wird hiermit bekanntgegeben, in welcher Weise sich das Fest abwickeln soll.

Eröffnet wird das Fest mit einem **Umzug** durch die Stadt vom Johannisplatz, Liebenauer Straße. Die Aufstellung zum Umzug beginnt um 12½ Uhr. Die Spitze des Zuges bilden die Arbeitersportvereine, vorneweg die Radler, dann die übrigen Sportler in Sportkleidung. Die Sportler nehmen Aufstellung in der Liebenauer Straße. Hinter die Sportvereine setzt sich die Kindergruppe. Es folgen die Jugendlichen, die sich hinter der Kindergruppe aufstellen.

Die Aufstellung der Gewerkschaften geschieht nach Industriegruppen und ist durch das Los wie folgt bestimmt:

1. **Verkehr:** (Eisenbahner, Straßenbahner, Post und Transportgewerbe), Ladenbergstraße.

2. **Lebens- und Genußmittel-Industrie:** (Bäcker und Konditoren, Fleischer, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Gastwirtsangestellten, Tabakarbeiter), Schönigstraße.

3. **Bekleidungsindustrie:** (Bekleidungsarbeiter, Textilarbeiter, Hutarbeiter, Kürschner), Cansteinstraße.

4. **Banks-, Versicherungs- und Handelsgewerbe** sowie Sozialversicherung: (Zentralverband der Angestellten), Melanchthonstraße.

5. **Graphisches Gewerbe:** (Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buchbinder, graphische Hilfsarbeiter), Calvinstraße.

6. **Chemische Industrie:** (Fabrikarbeiterverband), Nickel-Hoffmannstraße.

7. **Leder-Industrie:** (Schuhmacher, Sattler und Tapezierer), Flottwellstraße.

8. **Landwirtschaft und Gärtnerei:** Hochstraße.

9. **Metall-Industrie:** (Metallarbeiterverband, Kupferschmiede): Wolffstraße.

10. **Holz-Industrie:** (Holzarbeiterverband, Böttcher), Preßlers Berg, Spitze, Pfännerhöhe.

11. **Baugewerbe:** (Bauarbeiterverband, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Töpfer, Glaser, Steinarbeiter, Steinsetzer, Schornsteinfeger, Porzellanarbeiter), Rudolf-Haymstraße, Spitze, Preßlers Berg.

12. **Staatliche und kommunale Betriebe:** (Gemeinde und Staatsarbeiterverband, Maschinisten und Heizer), Bernhardystraße, Spitze Preßlers Berg.

13. **Bergbau:** Beyschlagstraße, Spitze, Rudolf-Haymstraße.

Um 1½ Uhr setzt sich der Zug in Bewegung und marschiert nach der Peißnitz. Die einzelnen Gruppen schließen sich auf Anweisung, die ihnen von einem Mitglied der Festkommission (erkennbar durch ein Metallschild mit der Aufschrift „Festkomitee") gegeben wird, dem Zuge an. Ohne diese Anweisung darf sich keine Gruppe in Bewegung setzen, da sonst die Ordnung im Zuge gestört würde.

Der Zug wird von Ordnern, erkennbar an roter Armbinde, begleitet, ihren Anweisungen muß im Interesse der Ordnung ebenfalls Folge geleistet werden.

Nachdem der Festzug auf der Peißnitz angelangt ist, beginnen dort die Vorführungen der Sportvereine. Die Teilnehmer, die diesen sportlichen Veranstaltungen zuschauen wollen, nehmen an den Rändern der oberen Peißnitz (beim Restaurant) Platz, jedoch muß ein entsprechend großer Raum in der Mitte für die Sportler freigelassen werden. Auch hier ist den Anweisungen der Ordner, die den Platz abzusperren haben, unbedingt Folge zu leisten.

Wer kein Interesse an den sportlichen Veranstaltungen hat, begibt sich zum „Volkspart", wo um 4 Uhr das Gartenkonzert beginnt und außerdem Tanzvergnügen und sonstige Unterhaltungen veranstaltet sind. Für Kegler ist ein Preiskegeln veranstaltet, das bereits um 11 Uhr vormittags beginnt.

Für Kinder werden sowohl auf der Peißnitz wie im „Volkspart" Unterhaltungsspiele unter Leitung von Mitgliedern des Arbeiter-Jugendkartells veranstaltet. Bei eintretender Dunkelheit wird ein Kinderfackelzug veranstaltet. Die Kinder, die bereits im Besitze einer Fackel sind, mögen diese mitbringen.

Alle Teilnehmer am Fest (außer den Kindern unter 14 Jahren, die in Begleitung ihrer Eltern freien Zutritt haben) müssen eine Festkarte zum Preise von 5 Mark entnehmen. Diese sind noch bei den Ordnern zu haben. Die Karten müssen sichtbar getragen werden.

Beschwerden sind beim Festkomitee anzubringen. Dieses ist mittags im Restaurant der Produktivgenossenschaft, nachmittags auf der Peißnitz, kenntlich an einer roten Schleife, zu finden.

Bei etwa entstehenden Krankheits- oder Unfällen treten die Arbeiter-Samariter in Tätigkeit, deren Standort durch ein Plakat gekennzeichnet ist.

Wir hoffen nun, daß das Gewerkschaftsfest einen schönen und ungestörten Verlauf nimmt.

Das Festkomitee.

Die Genossen, die sich noch als Ordner dem Festkomitee zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich am Sonntagmittag 12 Uhr im Restaurant der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, einzufinden.

---

* **Korruption?** Es ist ja nichts neues, daß seitens des „bemittelten" Publikums beamteten Personen gegenüber mit mehr oder weniger Erfolg Bestechungsversuche unternommen werden, um Vorteile dieser oder jener Art — meistens zum Schaden der weniger Begüterten — herauszuschlagen. Der Beamte, der bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen Versuchungen und Fallstricken leichter erliegen wird als sonst, sollte sich stets bewußt sein, daß es ein schweres Unrecht gegen die minderbemittelte Bevölkerung ist, wenn er deren gleichartige Rechte auch nur um eines Haares Breite schmälert, um sich den kapitalfroben Geldsäcken gefällig zu zeigen. Wie auf dem Gebiete des Wohnungs-, Armen- und Erwerbslosenwesens mancherlei Unzuträglichkeiten bestehen, ist auch das Hinweisen Leidtragender zu bestimmten Beerdigungsinstituten seitens beamteter Personen in öffentlichen Krankenhäusern durchaus inkorrekt, mögen damit nun pekuniäre Vorteile verbunden sein oder nicht, und es wird wohl nur dieser Gedächtnisauffrischung bedürfen, um die auch auf diesen Gebieten vorhandenen Mißstände abzuhelfen.

* **Eine Mitglieder-Versammlung des Zentral-Verbandes der Zimmerer** findet am Freitag, abends 7½ Uhr, im „Volkspart" statt. Jedes Mitglied muß zur Stelle sein. — Alle Poliere des Zentral-Verbandes müssen am Sonnabend, dem 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (Kartellzimmer) zu einer Besprechung erscheinen.

* **Eine Besprechung der Kalk- und Steineträger** findet am Freitag, dem 14. Juli, abends 7 Uhr, im „Volkspart" statt. Jede Baustelle muß verteten sein.

* **Stellmacher.** Am Sonnabend, dem 15. Juli, abends ½8 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus" eine Branchenversammlung statt.

Können

Aus der Jugendbewegung. Kreistreffen der Kommunistischen Jugend des Unterbezirks Saalkreis am 15. und 16. Juli in Könnera. Die auswärtigen Gruppen treffen Sonnabend abend zwischen 7 und 8 Uhr in Könnern ein und begeben sich nach dem „Bürgergarten". Dort findet um 8 Uhr abends ein Elternabend, ausgefüllt von der Gruppe Könnern statt. Sonntag, früh 6 Uhr, geht es vom „Bürgergarten" nach dem Wilden Busch, wo Volkstänze und Unterhaltungsspiele stattfinden. Rückmarsch 10½ Uhr. Nachmittags ½3 Uhr Demonstration mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz. Abends 7½ Uhr findet im „Bürgergarten" ein proletarischer Unterhaltungsabend statt unter Mitwirkung aller auswärtigen Gruppen. Arbeiter von Könnern! Unterstützt die Kommunistische Jugend. Besucht zahlreich die Veranstaltungen am Sonnabend und Sonntag. Demonstriert gemeinsam mit der Jugend gegen die Verelendung der proletarischen Jugend, für die Befreiung des Proletariats. Auf zum Kreistreffen am 15. und 16. Juli in Könnern.

Aus der Provinz

An die Ortsgruppen!

Noch immer haben eine Anzahl Ortsgruppen die Fragebogen von dem Monat Juni nicht eingesandt. Es sind dies die folgenden:

Saalkreis: Brachwitz, Canena, Dammendorf, Döllnitz, Friedrichschwerz, Gutenberg, Hohenthurm, Könnern, Lettin, Lebendorf, Löbejün, Wiesnau, Merkewitz, Osmünde-Gröbers, Petersberg, Trebitz, Wettin, Zwintschöna, Kütten.

Kreis Bitterfeld: Düben a. M., Golpa, Ostrau, Petersroda, Pouch, Quetz, Sandersdorf, Thalheim, Zschornewitz, Zörbig.

Kreis Delitzsch: Delitzsch, Döbernitz, Portitzsch, Queis, Zschorna.

Die Vorsitzenden dieser Ortsgruppen werden ersucht, für die schnelle Einsendung zu sorgen.

Die Bezirksleitung der KPD.
Schumann.

Dank den „Klassenkampf"-Spendern

Der 15. Juni war der letzte Tag zur freiwilligen „Klassenkampf"-Spende. Noch heute gehen Beträge ein, so daß von einem endgültigen Abschluß nicht gesprochen werden kann. Wir quittieren hiermit den eingegangenen Betrag von

26 284,85 Mark

und sagen zugleich **allen Spendern unsern herzlichsten Dank.** Es ist uns leider nicht möglich, jeden Spender einzeln hier aufführen und ihm danken zu können, es geschieht dies hiermit auf diesem Wege.

Die Spender haben uns den Beweis erbracht, daß sie die schwierige Lage, in der sich die gesamte Presse befindet, begriffen haben und ihrem „Klassenkampf" neben der Treue die Unterstützung nicht versagen, soweit sie hierzu in der Lage sind. Und wenn wir heute mitteilen können, daß bereits aus Provinzorten wie aus der Stadt Halle viele Anfragen an uns gerichtet sind: **wann denn eigentlich mit der freiwilligen Autospende begonnen wird** (laut Beschluß der Generalversammlung der Produktiv-Genossenschaft vom 25. Mai d. J.), so zeugt dies von einem Opfersinn, der eben nur beim klassenbewußten mitteldeutschen Proletariat vorzufinden ist. Denken wir nur an all die freiwilligen Sammlungen, die seit Jahr und Tag laufen, und die in der jetzigen Zeit enorme Anforderungen an die Arbeiter stellen, so steht nachweisbar an der Spitze die mitteldeutsche Arbeiterklasse. So wird es auch in Zukunft bleiben: stets bereit zum Kampfe und zu Opfern zugleich.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H.
Abteilung: Verlag Klassenkampf, Halle a. S.
Fritz Kroh.

„Rußland-Hilfe"

14. Quittung des Arbeiter-Hilfskomitees für Sowjetrußland Halle-Merseburg.

Sammlungen: Ungenannt, Wittenberg, 10 Mk., Genosse Sinaljew, Weißenfels, 10 Mk., von den Töpfern Liebenwerdas zusammelt 175 Mk., Genosse P. Schmidt, Merseburg, 50 Mk., Maifeierüberschuß Zeitz, Aue, Grana 850,70 Mk., Ortsgruppe Halle 814,25 Mark, Vergnügen des Frauen- und Mädchenchors Dölau 146 Mk., Kommunistische Jugend Weißenfels 40 Mk., Ungenannt, Weißenfels, 25 Mk.

Marken: Ortsgruppe Merseburg 28 Mk., Ortsgruppe Kemberg 45 Mk., Ortsgruppe Dammendorf 30 Mk., Ortsgruppe Schmiedeberg 30 Mk., Ortsgruppe Ammendorf 65 Mk.

Karten: Ortsgruppe Zscherben 18,25 Mk., Ortsgruppe Merseburg 131 Mk.

Ueberschuß von Filmvorträgen: Ortsgruppe Hohenleipisch, Wessa, Herzberg, Mühlberg, Ortrand, Bitterfeld durch Genossen Kilian 8852,05 Mk., Ortsgruppe Bad Schmiedeberg 791,55 Mk., Ortsgruppe Gräfenhainichen 1250 Mk., Ortsgruppe Brachstedt 551,75 Mk., Ortsgruppe Querfurt 1390 Mk., Ortsgruppe Wittenberg 4191,20 Mark, Ortsgruppe Könnern 1252,70 Mark, Ortsgruppe Teutschenthal 1089,15 Mk., Ortsgruppe Annaburg 2279 Mk., Ortsgruppe Zeitz 2311,65 Mk., Ortsgruppe Sangerhausen 1902,40 Mk.

Broschüren: Ortsgruppe Zscherben 20 Mk.

Arbeiter-Hilfe für Sowjetrußland, Bezirkskomitee Halle-Merseburg
Sämisch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0005

Winke für Mieter und Mietervertretungen

Ausschneiden! **Aufbewahren!**

II

Berechnung der gesetzlichen Miete.

Die Friedensmiete ist die am 1. Juli 1914 vereinbarte.

Die Grundmiete wird errechnet, indem von der Friedensmiete in Abzug gebracht werden:

1. **die Betriebkosten im Frieden,**
2. **die Instandsetzungskosten im Frieden,**
3. **die Heizungskosten bei Häusern mit Zentralheizung,**
4. **die Friedenskosten für Leistungen, die sonst noch von der Behörde bestimmt werden.**

Zuschläge.

Zu der so errechneten Grundmiete kommen folgende Zuschläge (§ 3 RMG.):

1. für die Steigerung der **Hypothekenzinsen,**
2. für die Steigerung **der Betriebskosten,**
3. für die Steigerung der **Kosten für laufende Instandsetzungs**arbeiten,
4. **für** Schaffung von Mitteln **für große Instandsetzungsarbeiten.** Für gewerbliche Räume, zu den tatsächlich entstandenen **Kosten der Zentralheizung und** Warmwasserversorgung.*)

Die Berechnung der **Betriebs- und Instandsetzungskosten erfolgt** schematisch durch die Behörde, sie werden in Prozenten **zur Grundmiete** erhoben.

Ebenso werden die Zuschläge, **auf die der Vermieter Anspruch** hat, schematisch durch die Behörde **festgesetzt.**

Ortsübliche Miete.

Das Mieteinigungsamt hat auf **Antrag eines Vertragsteiles den** ortsüblichen Mietzins festzusetzen:

a) wenn die Friedensmiete **nicht vereinbart** war,
b) wenn sich eine Friedensmiete **nicht mehr feststellen** läßt,
c) wenn die Friedensmiete **wesentlich von der damaligen orts**üblichen Miete **abweicht,**
d) wenn die Räume nach dem 1. Juli 1914 **bezugsfertig geworden** sind oder baulich **erheblich** verändert wurden,
e) **wenn** die Verwendung der Räume zu **wesentlich anderen** Zwecken die Festsetzung eines von der Friedensmiete **abweichen**den ortsüblichen Mietzinses rechtfertigen.

Die ortsübliche Miete an Stelle der **Vertragsmiete zu verlangen** ist der **Vermieter** nur dann berechtigt, wenn

in **außergewöhnlichem Umfang** die Miete von der am 1. Juli 1914 **ortsüblichen** abwich und dies an der **damaligen Beschaffenheit des Raumes** oder den **damaligen Verhältnissen der Vertragsteile** lag.

Der **Vermieter** ist **nicht berechtigt, die ortsübliche Miete an** Stelle der Friedensmiete zu verlangen, wenn er nur nachweist, daß in der ganzen Gegend für **gleichliegende** Wohnungen höhere Mieten gezahlt wurden, als sie sein Mieter zahlt, oder **wenn** er geltend macht, **daß 1914** in seinem **Hause** verschiedene Wohnungen leer standen und er deshalb **billiger** vermieten mußte.

Für Räume, die **nach dem 1. Juli 1914 bezugsfertig** geworden sind, ist die 1914 **ortsüblich gewesene Miete als Friedensmiete festzusetzen.**

Den **erhöhten Baukosten** entsprechend **ist die Miete an Stelle der damals** ortsüblichen festzusetzen, **wenn die Bauten vom 1. Juli 1914 bis** 30. Juni 1918 **fertiggestellt worden sind.**

Auf neugebaute und umgebaute Räume, die **nach dem 1. Juli** 1918 bezugsfertig geworden **sind,** findet **das Reichsmietengesetz keine** Anwendung, ebenso auf gemeinnützige **Baugenossenschaften.**

Hypothekarische Belastung muß bereits im Frieden dagewesen sein.

***Nach dem 11. Juli 1914** aufgenommene **Hypotheken sind bei der** Festsetzung der Höhe der **Zuschläge nicht** zu berücksichtigen.

Zu hohe hypothekarische Belastung **im Frieden wird nicht** berücksichtigt.

Die Zuschläge gehören zur **Miete und** sind deshalb mit derselben, d. h. zum gleichen Zeitpunkt und am gleichen Orte, zu zahlen.

Die Höhe **der** Zuschläge **kann** zwischen **Wohnräumen, gewerb**lichen Räumen und Räumen in Industriehäusern verschieden sein.

Betriebskosten sind: Steuern und öffentliche Abgaben, **die auf dem Grundstück lasten,** z. B. **Grund- und** Gebäudesteuern, Schul- und Kirchenlasten, **Gebühren** für die Benutzung **kommunaler** Einrichtungen, **die wie öffentliche Abgaben behandelt werden,** z. B. Wassergeld, **Wassermesserzins,** Gebühren für Kanalisation und Straßenreinigung, Flur- und **Treppenbeleuchtung,** Müllabfuhr usw., die Entlohnung für den **Hausmeister u. a. m.**

Laufende Instandsetzungsarbeiten sind: Reparaturen an Oefen, Küchenherden, Dielen, Türen, Fenstern, Klosettanlagen, Wasser-, Gas-, Elektrizitäts- und Klingelleitungen, Weißen von Küchen, Anstrich von Decken, Türen, Fußböden, Fenstern und Tapezieren von Zimmern.

Der Instandsetzungszuschlag dient zur Vornahme der laufenden Reparaturen. Er ist an den **Vermieter zu zahlen.**

Alle **erforderlichen** Reparaturen **muß der Vermieter ausführen** lassen gleichviel, ob der **Zuschlag** ausreicht **oder** nicht.

Verweigert der Vermieter die sachgemäße **Ausführung der notwendigen** laufenden Instandsetzungsarbeiten, dann bestimmt die oberste Landesbehörde **auf Antrag des Mieters** eine Stelle, die die Reparaturen von Amts wegen zur Ausführung **bringen** läßt.

Der Mieter kann auch nach § 536 BGB. auf Vornahme der Reparaturen klagen, oder nach § 537 BGB. **einen Teil der Miete solange einbehalten, bis die Mängel behoben sind.**

Der Vermieter ist **verpflichtet,** der **Mieter-Vertretung ordnungs**gemäß Rechnung über die **aufgewendeten Mittel zu legen.**

Die von der obersten **Landesbehörde zu bestimmende „Stelle“** kann anordnen, daß der Reparaturzuschlag für eine bestimmte Dauer an eine behördliche Stelle gezahlt **wird. Dafür läßt** diese die Reparaturen ausführen.

Große Instandsetzungsarbeiten (§ 7 RMG.) sind:

Abputz oder Neuanstrich **des** ganzen Hauses,
Neueindecken des **Daches,**
Erneuerung der **Dachrinnen,**
Neuanstrich des Treppenhauses.

Für **große Instandsetzungsarbeiten ist vom Mieter ein weiterer** Zuschlag auf ein **Hauskonto** zu zahlen. Der Vermieter kann nur **mit Zustimmung aller Mieter** und nur für große **Instandsetzungs**arbeiten das Hauskonto in Anspruch nehmen.

Ansprüche aus dem Hauskonto können **ohne Zustimmung der Mieter nicht gepfändet** werden.

Wenn ein Mieter seine **Zustimmung zur Verfügung des Hauskontos** nicht gibt, muß der **Vermieter die Genehmigung von der „Stelle“** einholen.

Die „Stelle“ kann ihre **Zustimmung nur erteilen, wenn sie** die **Mieter-Vertretung** gehört hat.

Der Vermieter kann das **Hauskonto in Anspruch** nehmen für **im Augenblick** der Inanspruchnahme **notwendige Reparaturen,** als auch für solche, **die längst hätten vorgenommen werden müssen.**

Im Wege des Zivilprozesses kann der Mieter erzwingen, daß **der Vermieter** die **notwendigsten großen Reparaturen** vornehmen läßt.

Ist der Vermieter bereit, **die Reparaturen auf Kosten des Hauskontos** vornehmen zu lassen, er **aber** infolge **mangelnder Zustimmung aller Mieter** den Einwand geltend macht, daß einzelne Mieter ihre Zustimmung zur Verfügung des **Hauskontos** verweigern, kann **der die notwendige** Reparatur fordernde Mieter im Wege des Zivilprozesses die Vornahme der Reparatur betreiben, weil nach § 536 BGB. der Vermieter zur **Instandsetzung** des Hauses **verpflichtet** ist.

---

*) Diese Kosten werden, für das einzelne Haus berechnet, in

Die Verpflichtung des Vermieters zur Vornahme der großen Reparaturen besteht auch dann, wenn nach Angabe des Vermieters nicht genügend Mittel auf dem Hauskonto vorhanden sind.

Für gewerbliche Räume besteht ebenfalls nur der Anspruch zur Zahlung der gesetzlichen Miete nach dem Reichsmietengesetz. Der **Zuschlag zur Grundmiete** ist hier ein **höherer.** Er **wird allgemein durch die oberste Landesbehörde festgesetzt.**

Für **gewerbliche Räume,** die besonders **hohe Aufwendungen** erfordern, kann der **Vermieter einen** besonderen **Zuschlag** zur gesetzlichen **Miete beim** Mieteinigungsamt **beantragen. Hierzu ist** notwendig, nachzuweisen, daß durch den Betrieb besonders **hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten** entstehen und der Vermieter mit dem **Zuschlag** für **Betriebs-** und **Instandsetzungskosten nicht** auskommt.

Die Festsetzung der Hundertsätze kann die oberste Landesbehörde für das ganze Reich oder für bestimmte Gemeinden oder Gemeindeteile selbst tätigen, sie kann dies auch den Gemeindebehörden übertragen.

Werden die Hundertsätze geändert, treten dieselben **ohne besondere Erklärung** des Mieters oder des Vermieters **entsprechend dem** in der Bekanntmachung festgesetzten Termin in Wirksamkeit.

Neue Zuschläge finden sowohl auf **laufende,** als auch auf **zufällig abgelaufene Verträge** ohne weiteres Anwendung.

Untermieter können jederzeit die Berechnung der Miete nach dem Reichsmietengesetz verlangen. Ueber die Berechnung der Untermiete hat die oberste Landesbehörde nähere Bestimmungen zu treffen.

Entscheidungen des Mieteinigungsamts, die auf Grund des Reichsmietengesetzes getroffen werden, gelten als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrages.

Zur Lohnbewegung der Bauarbeiterschaft

Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes für das Baugewerbe

(Verkündet vom unparteiischen Vorsitzenden Herrn Prof. Jörges in Halle am 12. Juli 1922.)

1. **Die am 3. Juni festgesetzten Löhne der Bauarbeiter werden für die dem 8. Juli folgenden vier Lohnwochen zu sechs Arbeitstagen die Woche um 7 Mark auf den Spitzenlohn von 28 Mark pro Stunde erhöht.**
2. **Die Löhne in den übrigen Lohngebieten (Vergleich zu Ziff. 1) unter 28 Mark werden um 25 Prozent erhöht.**
3. **Die Spanne der Löhne zwischen den Gesellen und Bauhilfsarbeitern und Tiefbauarbeitern bleibt bestehen.**
4. **Im übrigen gelten die am 20. April festgelegten Grundsätze.**
5. **Ueber die Erhöhung der Werkzeugzulage wird heute nicht entschieden.**
6. **Erklärungsfrist bis 20. Juli 1922 mittags 1 Uhr beim Arbeitsamt Halle.**

Zwei Versammlungen der Zimmerer in Merseburg und Leuna **haben am Donnerstag** den Schiedsspruch **angenommen.**

Lohnverhandlungen für die Straßenwärter Mitteldeutschlands

Die Geldentwertung und die **Preissteigerung machte auch** eine **Erhöhung der** Straßenwärterlöhne in **Mitteldeutschland notwendig.** Die Verhandlungen fanden zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband **der** Kreise und Gemeinden e. V. und den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen am 11. Juli in Magdeburg statt.

Von Arbeitnehmerseite war eine Lohnerhöhung von 8,— Mark **pro** Stunde **gefordert.** Nach längeren Verhandlungen kam folgende Vereinbarung zustande: Ortsklasse I 4,20 Mark, Ortsklasse II 4,10 Mark, Ortsklasse III 4,— Mark. Die sich ab 1. Juli ergebenden Straßenwärterlöhne betragen für die Straßenwärter und Arbeiter für die Provinzial- und Kreisstraßenverwaltungen der Provinz Sachsen, der Freistaaten Anhalt und Braunschweig **pro Tag:**

In Ortsklasse		I	II	III
im Alter über 20 Jahre	Mk.	144,80,	142,—	139,20

Zu diesen Löhnen tritt für die verheirateten Straßenwärter ein Hausstandsgeld von 8,— Mk. pro Tag. Außerdem wird eine Kinderbeihilfe von 4,— Mk. pro Tag gewährt.

Wahrlich, eine geradezu fürstliche Entlohnung. **Das** Fettleben kann nun beginnen.

Stinnes verteilt 35 Prozent Dividende an die Riebeck-Aktionäre

Am 13. Juli fand in Halle die Generalversammlung der Riebeckschen Montanwerke A.-G. statt, zu der Hugo Stinnes persönlich erschienen war, um die Verhandlungen zu leiten. Die Jahresrechnung sowie Gewinn- und Verlustrechnung fanden Genehmigung. Nach dieser schweißtriefenden Arbeit gingen die Herrschaften an die Verteilung des aus den Arbeitern herausgeschundenen Reingewinnes. Dem Antrage der Verwaltung entsprechend wurde die Verteilung eines vom 14. Juli 1922 ab zahlbaren Gewinnanteils von **30 Prozent auf das Stammaktienkapital** und eine solche von 5 Prozent auf das Vorzugsaktienkapital beschlossen. Dem Vorstande und dem Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. Von den ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern wurden Stinnes, Lehmann, Mundt und von Simson wieder, an Stelle Neubauer, Direktor Dr. Hermann Krey in Halle a. d. S. neu in den Aufsichtsrat gewählt. —

Jetzt werden die Grubenaktionäre in die Sommerferien fahren, um die „sauerverdienten“ Dividenden wieder zu verprassen. Daheim hungern die Kumpels.

Der „Stahlhelm“, G. m. b. H. in Magdeburg

Am Sonnabend, dem 1. Juli, wurde bekanntlich durch den Oberpräsident Hörsing der „Stahlhelm“ verboten und aufgelöst. **Was kümmert aber eine derartige Verordnung die „republikanischen“ Richter! Am 5. Juli, also nach der Verordung des Oberpräsidenten Hörsing, hat der Handelsrichter** des Magdeburger Amtsgerichts den „Stahlhelm“ ins Handelsregister eingetragen und in den Zeitungen wie folgt veröffentlicht:

In das Handelsregister ist heute eingetragen:

Die Firma „Stahlhelm-Verlags-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit dem Sitze in Magdeburg, unter Nr. 800 derselben Abteilung. Gegenstand des Unternehmens ist Herausgabe und Vertrieb der Bundeszeitung des Bundes der Frontsoldaten „Der Stahlhelm“, sämtlicher mit dieser Zeitung verbundenen Gaublätter, sowie Herausgabe und Vertrieb von Werbeschriften und Druckschriften **für den Bund** der Frontsoldaten **und von Druck**schriften jeglicher Art. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mark. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung **ist am 16. Juni 1922** festgestellt. **Geschäftsführer ist der** Schriftsteller **Walter Bormann in Magdeburg. — Ferner wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger“.**

Magdeburg, den 5. Juli 1922.

Das Amtsgericht A, Abteilung 8.

Was sagt nun Hörsing, was sagt die SPD. zu **dieser Verhöhnung** der Forderungen der Arbeiter durch die Richter der Republik?

Waffenfund in der Walkmühle bei Sangerhausen

Von der Polizei wurde eine Kiste mit **40 ungeschliffenen Seitengewehren** und Infanteriemunition beschlagnahmt. Die Waffen wurden **in dem Ausflugslokal „Walkmühle“** bei Sangerhausen **gefunden.** Für die Arbeiterschaft gilt es, ein **wachsames Auge zu haben** auf das, was von **reaktionärer** Seite **unternommen** wird. Zweifellos stammen die **Waffen** von der **hier** besonders rührigen **reaktionären Mörderclique.**

Der Dank der Republik ist euch gewiß

In Sommerschenburg hat der Junker von Rosenberg mit seinen **weißen** Söldnern auf die Arbeiter geschossen und einige niedergestreckt. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr und erstürmten die Burg des Junkers **und verwundeten den Herrn** von Rosenberg schwer. Die furchtbar gereizte Masse demolierte die Zwingburg, die Festung des Arbeitermörders von Rosenberg. Der ganze Vorgang spielte sich im Zusammenhang mit den Demonstrationen zum Schutz der Republik ab, zu der die Arbeiter sich aufrafften und von dem Monarchisten von Rosenberg und seinen bewaffneten Söldnern angegriffen wurden.

Der republikanische Oberstaatsanwalt und der republikanische Regierungspräsident erlassen nun in den Zeitungen folgende

Bekanntmachung.

Am Dienstag, dem 4. Juli und Mittwoch, dem 5. Juli, sind in Sommerschenburg **mehrere** Personen **durch** gewaltsamen Tod umgekommen und eine weitere Anzahl schwer verletzt worden. Hierbei sind auch in den dort befindlichen Gebäuden Gewalttätigkeiten verübt und eine große Menge von Sachen entwendet worden. Der Herr Regierungspräsident sichert demjenigen, dem die Festnahme der Täter gelingt oder der Tatsachen und Umstände anzugeben vermag, welche die Verhaftung der Täter ermöglichen, eine Belohnung von

3000 Mark

(dreitausend Mark) zu. Mitteilungen sind an den Unterzeichneten zu den Akten 3 J 1050/22 zu richten, nötigenfalls durch Vermittlung einer beliebigen Polizeidienststelle.

Magdeburg, den 7. Juli 1922.

Der Oberstaatsanwalt.

Erst schießt ein preußischer Junker von Rosenberg die Arbeiter nieder und verwundet eine ganze Anzahl und jetzt sollen die Arbeiter aus Dank noch ins Zuchthaus wandern.

Deutlicher kann sich das Gesicht der herrschenden Klasse nicht zeigen.

Wir fragen den Oberstaatsanwalt: Warum sind die Leute, die vom Turm des Schlosses Sommenschenburg aus auf die Arbeiter schossen und eine Anzahl mordeten, noch nicht verhaftet? **Hat es sich der Oberstaatsanwalt zur Aufgabe gemacht, nur die Klasse zu schützen, der von Rosenberg angehört?**

Die deutsche Bautätigkeit

Es sind vom Reiche Erhebungen über die Bautätigkeit in den deutschen Großstädten angestellt worden, die für das erste und zweite Vierteljahr 1921 vorliegen und uns in die Entwicklung des Bauwesens in Deutschland einen kleinen Einblick erlauben. Die 45 bis 48 Großstädte über 100 000 Einwohner verzeichnen im ersten Vierteljahr einen Zugang von 1480 und im zweiten Vierteljahr einen Zugang von 1669 Wohngebäuden. Diese Bautätigkeit brachte einen Zugang von 5770 Wohnungen. Im Jahre 1917, also im Kriege, betrug der Zugang an Wohnungen nur 485, dagegen betrug er 1912 11 273 Wohnungen. Die Zahl der neuen Wohnungen hat also nicht einmal die Zahl vor dem Kriege erreicht, während die Zahl der neuen Wohnungen wegen des Stillstandes der Bautätigkeit im Kriege eigentlich viel größer als vor dem Kriege sein müßte.

Interessant ist das Ergebnis, wenn man die Zahl der neuen Gebäude zu der Zahl der Wohnungen in ein Verhältnis bringt. In den Jahren 1912 und 1917 kamen auf ein Gebäude durchschnittlich 4 Wohnungen, 1921 aber nur 3. Wenn nun in den Zahlen auch die Dachausbauten mit eingerechnet sind, so ergibt sich aus den Zahlen dennoch, daß sich die Bauweise in den letzten Jahren nach dem Kleinhaus hin entwickelt. Das zeigt auch die Zunahme der Einfamilienhäuser. 1912 entfielen auf den Gesamtwohnungszuwachs an Einfamilienhäusern 16 Prozent, dagegen 1921 50 Prozent.

Die gemeinnützige Bautätigkeit ist in den letzten Jahren ganz besonders am Wohnungsbau beteiligt. Während 1917 nur 30 Prozent der Wohngebäude auf die gemeinnützige Bautätigkeit kamen, ist ihr Anteil 1921 im ersten Halbjahr auf 80 Prozent gestiegen. Der Wohnungszugang aber ist nur mit 55 Prozent auf die gemeinnützige Bautätigkeit zurückzuführen.

Ganz besonders groß ist die Bautätigkeit im Ruhrgebiet. Ganz besonders gering ist sie dagegen im besetzten Gebiet. An der Spitze der Bautätigkeit stehen im Jahre 1921 Dortmund, Essen, Hamburg, Köln, Gelsenkirchen, Frankfurt, Karlsruhe und Duisburg, während Aachen, Saarbrücken, Wiesbaden, Danzig, Magdeburg und Chemnitz ungünstig abschneiden.

Jedenfalls ist die Bautätigkeit in keiner einzigen Stadt genügend und dieser gewaltige Gegensatz zwischen den Zahlen von heute und früher sollte ein neuer Ansporn zur Tat sein, damit wir endlich einmal aus diesem hygienisch wie sittlich unwürdigen Zustande von heute herauskommen.

Berichtigung

In der „Warnung“ an alle Genossen der KPD. und KJ. ist ein Fehler unterlaufen. Der Betreffende heißt Willy Helmsdorf (nicht Hermsdorf). Als besonderes Kennzeichen ist das Fehlen des halben Zeigefingers an der rechten Hand und das lange blonde Haar zu beobachten.

Delitzsch

Stadtverordnetensitzung. Der erste Teil der Sitzung verlief sehr ruhig — wie üblich! Einstimmig fanden Annahme: die Wertzuwachssteuer, die in Zukunft dreimal so hoch ist als bisher; ferner die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter, obwohl sie die Linksparteien als sehr niedrige Forderungen betrachteten. — Der Etat lag zum zweiten Male vor, was sehr verwunderlich ist. Bei der ersten Vorlage hatte der Magistrat eine solche Eile. Da aber der Magistrat mit dem Etat, wie ihn das Parlament beschloß, nicht einverstanden war, legte man ihm zum zweiten Male vor. — Die gesamte Linke entschied sich gegen die neue Magistratsvorlage, die folgende Zuschläge zu den Realsteuern vorsah: 2000 Prozent Gebäudesteuer, 8500 Prozent Grundsteuer, 2100 Prozent Gewerbesteuer, 1000 Prozent Betriebssteuer. — Die in der letzten Sitzung durch USPD. und SPD. angenommenen Zuschläge erfahren zwei kleine Aenderungen: die Zuschläge zur Gebäudesteuer (1500 Prozent) und zur Gewerbesteuer (2200 Prozent) bleiben bestehen; die Betriebssteuer wird auf 1000 Prozent, die Grundsteuer auf 8500 Prozent Zuschlag festgesetzt. — Das Bürgertum stimmt für den Magistratsvorschlag, doch die linke Majorität blieb auf dem Vorschlag (USPD. und SPD.) bestehen, so daß der Herr Bürgermeister nun wohl zum Bezirksausschuß fahren wird. — Die Löhne der städtischen Arbeiter wollte in Zukunft der Magistrat allein regeln; die Linke des Hauses war aber anderer Meinung. — Bei der Zusammensetzung einiger Kommissionen wurde es nun schon lebhafter. Der Hausbesitzerverein verlangte in das Mieteinigungsamt einen bürgerlichen Hausbesitzer; die Linke entschied sich aber für proletarische Hausbesitzer. — Die Regiebaukommission lehnten die Bürgerlichen ab zu beschicken. Dieselbe setzt sich zusammen aus je einem Stadtverordneten der drei Linksparteien, vier Bauarbeitern, ein Bauamtsvertreter, ein Magistratsmitglied. — Die Armenkommission wurde von den Schwarzröcken gereinigt, auch hier beteiligten sich die Bürgerlichen nicht mehr an der Abstimmung. In Zukunft heißt diese Kommission statt „Armen“- „Fürsorgekommission“. — Lebhafter wurde es, als die Linke Dringlichkeitsanträge vorbrachte und auch annahm. Zunächst erfolgte eine Anfrage an den Magistrat, ob ihm bekannt ist, daß Beamte dem „Stahlhelm“ angehört haben und was er gegen dieselben zu tun gedenkt. — Genosse Baumgärtel (KPD.) stellt dann fest, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0006
DFG

der Stahlhelmbruder und bekannte Konterrevolutionär Stadtverordneter Dr. Müller (Oberrealschule) am Freitag, dem 7. Juli, früh in der Schule noch das Stahlhelmabzeichen trug. **Heraus mit solchen Elementen,** die republikanische Gelder schlucken. **Herr Kuntzke versucht, diese Sorte noch zu verteidigen. Herr Hirschfeld** spricht von der Harmlosigkeit des Jungdo; Stadtv.-Vorsteher Buhle (USPD.) belehrt ihn aber eines andern an Hand genauer Aussagen unserer Gewährsmänner. **Darauf wird eine Kommission gewählt von je einem Stadtverordneten der drei Arbeiterparteien, die** sofort für die Entfernung aller monarchistischen und militärischen Bilder in städtischen Gebäuden zu sorgen hat. Sie besteht aus: Sachse (SPD.), Schmidt (USPD.) und Baumgärtel (KPD.). — Da der Magistrat die reaktionären Straßennamen noch nicht geändert hat, beschließt **die Linke folgende Umbennungen:** Hindenburgstraße in Dr.-Rathenau-Straße, Bismarck-Straße in August-Bebel-Straße, Roonstraße in Friedrich-Engels-Straße, Moltkestraße in Lassallestraße, Blücherstraße in Karl-Marx-Straße, Auguste-Viktoria-Promenade in Rosa-Luxemburg-Ring, Kaiser-Wilhelm-Promenade in Karl-Liebknecht-Ring. — Gegen den Antrag Sachse (SPD.), sofort die republikanische Reichsfahne anzuschaffen, stimmen die **Monarchisten** Boßdorf (Gastwirt), Albert Beyer (Bürstenfabrikant), Mietzsch (Schlossermeister), Kuntzke (Rendant) und Dr. Müller (Studienrat). **Arbeiter, merkt Euch diese Elemente!** Ein Antrag Baumgärtel (KPD.), den deutschnationalen und deutschvölkischen Jugendverbänden Jugendheime und Spielplätze der Stadt sofort zu entziehen und solche Vereine aus dem Ortsausschuß für Jugendpflege auszuschließen, wird dem Verfassungsausschuß überwiesen. — Herr Boßdorf will kurz vor Schluß wieder die Sitzung verlassen, wofür er aber vom Vorsteher eine tüchtige Zurechtweisung erfährt. Wir empfehlen den bürgerlichen Herren **als Lektüre für alle Zukunft** die Geschäftsordnung des Parlaments.

Bitterfeld

Gedächtnisfeier. Am Sonnabend, dem 8. Juli, abends 7 Uhr, versammelten sich etwa 100 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen der KJD. des Unterbezirkes Bitterfeld-Delitzsch zu einer **Gedächtnisfeier** am Grabe ihres in den Märzkämpfen 1921 **von den Weißen Garden ermordeten Jugendgenossen Kurt Herzau.** Es war der Tag seiner Beisetzung auf heimischem Boden. Die Feier wurde eingeleitet mit dem Gedicht „Die Freiheit" und dem gemeinsamen Gesang des Rotgardistenmarsches „Brüder zur Sonne, zur Freiheit." — Genosse K. Baumgärtel (Delitzsch) sprach anschließend die Gedächtnisrede. Er betonte, daß man nicht zusammengekommen sei, um zu klagen, sondern um am Grabe des Freundes zu schwören, weiter zu kämpfen, nicht zu ruhen, bis der Sieg erfochten ist. Wenn ein Freund fällt, so tut es uns weh — aber das kann kein Maßstab sein. Denn wir kämpfen keinen individuellen Kampf, sondern den Kampf der unterdrückten Massen von Proletariern um Befreiung von diesem Joch. — Ihren Abschluß fand die Feier (nach kurzen Gedenkworten eines Vertreters der Bitterfelder KPD.) im gemeinsamen Gesang der „Internationale". Tief ergriffen, ernsten Kampfeswillen im Gesicht, verließen die Jugendlichen die Gruft ihres Freundes.

Gräfenhainichen

Ein Tag der Arbeiterturner. **Am Sonntag, dem 16. Juli** feiert der **Turn-Verein „Frisch auf"** sein 43. **Stiftungsfest,** zu dem **auch einige Arbeiter-Turn- und Sport-Vereine der Umgebung** ihr Erscheinen **zugesagt haben. Vormittags werden** auf dem Sportplatze an der Gasanstalt einige Faust- und Fußballspiele sowie Stafettenläufe ausgetragen. Nachmittags findet nach einem **Umzug durch die Stadt im Vereinslokal „Wahrens Garten" ein Riegen- und Kürturnen** statt, **ferner gelangen die Freiübungen** der Turner, Sportler und Turnerinnen zum 1. Arbeiter-Bundesturnfest **in Leipzig zur Vorführung.** Die Darbietungen werden **beweisen, daß auch in den Arbeiter-Turn- und Sport-Vereinen die** körperliche Ausbildung der Jugend auf breitester Grundlage **gepflegt wird, und daß es deshalb ein organisierter Arbeiter nicht nötig hat, einem sogenannten „neutralen"** bürgerlichen Turn- und Sportverein anzugehören bzw. seine Kinder einem solchen **Verein zuzuführen. Alle Anhänger der Arbeiter-Turnsache werden gebeten, den veranstaltenden Verein, der mit seinen vorzüglichen** Vorführungen von der Maifeier **her noch in bester Erinnerung steht, durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.**

Bobbau

Schulkinder in der Arbeitsfron! Der zehnjährige Schulknabe Walter Zabel, Sohn eines Fabrikschmiedes, der im Betriebe der Wagnerschen Landwirtschaft hierselbst mithalf, wäre beinahe zu schwerem Schaden gekommen. Als man zur Erntearbeit nach dem Felde hinausfuhr, fiel der auf dem Ackerwagen sitzende Kleine, dem die Pferdeleine sich um den Hals wand, am Jeßnitzer Eisenbahnübergange herunter und kam vor die Räder zu liegen. Der Unfall ist glücklicherweise noch sehr glimpflich abgelaufen, denn das Kind wurde nur an dem einen Beine etwas gestreift. So ist dasselbe mit einer unbedeutenden Hautverletzung und dem Schrecken davongekommen.

Jeßnitz

Waffensuche bei Arbeitern! Militärwaffen und Munition suchten Sicherheitspolizeimannschaften, die mittels Kraftwagen aus Dessau hierher kamen, bei dem Fabrikarbeiter Karl Uebler. Die Durchsuchung der Wohnräume und des Gartengeländes war natürlich ohne Erfolg. Diese Maßnahme soll seitens der anhaltischen Staatsanwaltschaft angeordnet worden sein. Der Staatsanwal soll lieber bei den Reaktionären nach Waffen suchen. Dort findet er sie massenweise.

Roßlau

Wer die Einheitsfront stört! Obwohl vom Ortsausschuß beschlossen war, daß am Dienstag drei Redner der drei Arbeiterparteien sprechen sollten, hatten die SPD.-Parteigrößen, dazu der Vorsitzende der USPD., den Mut zu erklären, daß der von unserer Partei gestellte Redner Genosse Ullrich (Magdeburg) nicht sprechen dürfe, da nur zwei Redner, je einer von der SPD. und USPD. bestimmt wären. So sollte es nach Ansicht dieser Republikaner bestimmt worden sein. Nach ganz energischer Aussprache mit dem Vorsitzenden dea Ortsausschusses war es uns möglich, zu erreichen, daß unser Genosse als dritter Redner sprechen durfte. Das Referat des Genossen Ullrich wurde mit großem **Beifall aufgenommen und die Arbeiter Roßlaus mögen selbst** erklären, wer von den Rednern **den größten Eindruck hinterlassen hat.**

Calbe a. d. Saale

Bohrungen auf Braunkohlen. Der Kreistag von Calbe beschloß, mit einem Aufwand von 1 Million Mark im Kreise Bohrungen auf Braunkohlen vornehmen zu lassen, um ein Kreisbraunkohlenwerk anzulegen.

Sport

Achtung, Sportler! Zu dem Gewerkschaftsfest am 16. Juli treffen sich alle Vereine am Johannesplatz zum Umzuge nach der Peißnitz. Für den Halbstunden-Mannschaftslauf, der auf der Peißnitz stattfindet, müssen die Vereine eine Mannschaft stellen, aus drei Läufern bestehend, die sich beliebig ablösen können. Arbeitersportler, erscheint recht zahlreich, damit auch die Gewerkschaften von unserer Sportbewegung die Größe und Geschlossenheit kennenlernen. Treffpunkt 1 Uhr. Abmarsch 1/2 2 Uhr im Dreß.

Sport-Klub „Adler" 1895. Uebungsstunden finden Mittwochs und Sonnabends statt. Außerdem Dienstags und Sonntags Sandangerbetrieb. Die Uebungsstunde am Sonnabend fällt aus. Sonntag 1/2 1 Uhr Treffpunkt aller im „Markgrafen" zum Umzug (Gewerkschaftsfest).

Turn- und Sportverein „Fichte". Sonntag, den 16. Juli, treffen sich alle Vereinsmitglieder um 1/2 1 Uhr in der Liebenauerschule zum Gewerkschaftsfest (Umzug). Alle müssen in Sportkleidung erscheinen.

Fußballabteilung „Fichte". Heute, Freitag, abend 8 Uhr: Sitzung der I. und II. Mannschaft. Erscheinen aller ist Pflicht.

Arbeiter-Turn- und Sportfest Leipzig. Für die Teilnehmer am Feste ist von der Bahnverwaltung ein Sonderzug eingelegt worden. Der Zug fährt Sonnabend, den 22. Juli, morgens, ab Halle 4.40, ab Dieskau 4.50, ab Gröbers 5.00, ab Schkeuditz 5.16, an Leipzig 5.41 Uhr. Für die Rückfahrt verkehrt ein Vorzug Dienstag, den 25. Juli, abends 11.10 Uhr ab Leipzig. Für Jugendliche unter 20 Jahren ist Fahrpreisermäßigung zu beantragen (s. Best.-Antragsformular). Die Vereine haben sofort durch Postkarte an Wilhelm Pretsch, Halle, Streiberstraße 27, die Teilnehmer an der Hinfahrt zu berichten. Alle Teilnehmer müssen möglichst mit dem Sonderzug fahren.

TV. „Die Naturfreunde". Heute, Freitag, abend Beitragszahlung usw. im Stadtheim. — Sonnabend: Fahrt nach dem Eisenhammer. Abfahrt 3.14 Uhr. Anmelden bis heute abend. — Montag: Sitzung der gesamten Ortsgruppenleitung und Führer-Kommission im Stadtheim. — Dienstag: Gruppenabende. Süden in der Produktiv-Genossenschaft, Mitte im Heim, Laurentiusstraße, Norden im „Volkspark."

HSK. „Teutonia 08". Spielresultat vom Mittwoch, dem 12. Juli: Teutonia II.—Sportverein Dölau I. 2:4. — Spiele am nächsten Sonntag (Teutoniaplatz): Teutonia I.—Wörmlitz I. um 1/2 3 Uhr, Teutonia II.—Wörmlitz II. um 1 Uhr, Teutonia Jugend—Wörmlitz Jugend um 11 Uhr und Teutonia Schüler—Wörmlitz Schüler um 10 Uhr. — Sonnabend abend 8 Uhr treffen sich alle Sportgenossen im „Lindenhof". Erscheinen ist Pflicht. — Anläßlich unseres Sommerfestes nächsten Sonntag haben wir Sportverein Wörmlitz zu Gaste.

Sportlustplatz (Exerzierplatz, Dessauer Straße). Sportlust I. — Askania I. Bernburg, 3 Uhr; Sportlust II.—Askania II. Bernburg, 1/2 2 Uhr; Sportlust III.—Dölau III., 10 Uhr. Dienstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Thomas: Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

HSK. „Minerva" (Rosengarten). Sonntag, den 16. Juli: Minerva I. Schüler—ASK. Vorwärts I. Jugend um 9 Uhr, Minerva II. Jugend—Viktoria II. Jugend um 10 Uhr, Minerva III.—Kröllwitz III. um 12 1/2 Uhr, Minerva II.—ASK. Vorwärts II. um 2 Uhr, Minerva I.—Nietleber Askania I. um 3 1/2 Uhr und Minerva I. Jugend—Nietleber Askania I. Jugend um 5 Uhr. Außerdem Sonnabend, den 15. Juli (Sportplatz Reideburg): Minerva kombiniert—Reideburg kombiniert. Umkleidelokal: „Nachtigall". Anfang 6 1/2 Uhr. — Spielresultat vom 11. Juli: Viktoria I.—Minerva I. 1:0.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten

Bekanntmachung.

Infolge der ständig steigenden Kohlen- und Mehlpreise:
Roggenmehl 2100 Mk. | Weizenmehl 3400 Mk. pro Doppelzentner,
Kohlen . . . 85,00 Mk. pro Zentner,
erhöht sich der Preis für:

1 markenfr. Brot (1800 g) 28,00 Mk.
1 markenfreies Brötchen . 1,25 Mk.
Zwieback . . 1/4 Pfund 7,00 Mk.

Backgeld: *608

1 nasser Kuchen		10,00 Mk.
1 trockener Kuchen		8,00 Mk.
Stollen	1 Pfund Teig	1,60 Mk.
Streifen, Aschkuchen,	1 Pfd. Teig	1,60 Mk.
Hausbacken-Brot	1 Pfd. Teig	1,00 Mk.
Alle kleinen, runden Bleche		4,00 Mk.

Bäcker-Zwangs-Innung zu Halle a. d. S. und Umg.

2892

Einsatzhemden 150.-
Makohemden . 98.-
Oberhemden bes. preiswert.
Sportvorhemd. 35.-
Ripskragen . 17,50
3 Stück 50,00
Ledergürtel, Westengürt.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, Eine Treppe, Eing. Sternstr.

Zum Tode verurteilt sind Läuse, Wanzen, in 1/2 Std. unter Garantie Flöhe, Brut, b. Mensch u. Tier m. „Riesolda", ges. gesch. Mitt. 500 M., wo nicht hilft. Verk. Schurig Steinweg 10

Ausschneiden!
Genossinnen u. Genossen!
Unterstützt bei allen Einkäufen nur die „Klassenkampf"-Inserenten. Gebt diese stille Antwort an der Geschäftskasse ab:

Weil Ihre Firma im „Klassenkampf" inseriert, decken wir unsere Einkäufe bei Ihnen.

Vereine benötigen **Drucksachen!** Bestellt dieselben bei der Produktiv-Genossenschaft Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14. Fordert Offerten ein.

Arbeiter-Sänger-Chor. Mittwoch und Freitag: **Singestunde**

Giebichensteiner Arbeiter-Liedertafel Vereinslokal: „Lüderitzberg", Reilstr. Jeden Freitag, abends 8 Uhr: Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Donnerstag, abd. 8 Uhr, im „Volkspark": Singestunde.

Zentralv. prol. Freidenker. (Ortsgruppe Halle). Jeden Mittwoch nach d. 15., in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitglieder-Versammlung. Gäste stets willkommen.

I. Hall. Mandolin.-Orchester Uebungsstunde: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Zeichensaal (Charlottenschule).

Die Naturfreunde. Stadtheim: Weidenplan Zusammenkunft jed. Dienstagabend für d. Norden im Volkspark, für das Zentrum Weidenplan 20.

Arb.-Samarit.-Kol. Halle Jeden Freitag: Uebung auf dem Sandanger, bei ungünstigem Wetter in der Martinschule. Sonntag, den 16. Juli, 1 Uhr, in der „Gold. Kette": Treffen aller Mitglieder z. Gewerkschaftsfest. Der Vorstand.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle. Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft": Mitgliederversammlung. Montags u. Donnerstags jed. Woche, abds. 5—7 Uhr, im Bureau, im Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Treppen Zimmer 15: Rechtsauskunft.

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle. Lokal: Lüderitz Berg. Sonnabend, 1/2 8 Uhr, im Landheim: Mitglieder-Versammlung. Mitgliedskarten mitbringen. Sonntag, früh 7 Uhr, ab „Lüderitz Berg": Propagandatrupp nach Mori. Dienstag, von 5—7 Uhr in „Lüderitz Berg": Kindergruppe. — und Donnerstag, im „Volkspark": Bühnenprobe.

Dtsch. Arbt.-Abstin.-Bund. Ortsgruppe Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartstraße 15. Jeden Donnerstag, ab. 7 Uhr: Arbeitsgemeinschaft. Sonnabend: Flugblätter abholen zum Gewerkschaftsfest. Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark": Gautag. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit". Versammlungen: Stern: Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat. Vorwärts: Freitag all. 14 Tage. Sämtliche Sportgenossen beteiligen sich Sonntag a. Gewerkschaftsumzug. Nach dem Umzug: Ausfahrt nach Schraplau.

Arbeit.-Radfahr.-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle Sonntag, den 16. Juli, nachm. 12 3/4 Uhr, a. d. Marktplatze: Treffpunkt mit beputzten Rädern

Allgem. Arbeiter-Union. (Reichsunion).

Sportklub 1909. Vereinslokal: Zur Blume, Torstraße 29. Uebungsstund.: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr. Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Versammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S., Mitgl. d. Arb.-T.-u.Sp.-B. Uebungsstunden: Dienstags und Freitags jeder Woche im „Florabad": 5—6 Uhr Schüler und Schülerinnen. 1/2 7—8 Uhr Männer u. Frauen.

Allgem. Arbeiter-Union. (Rev. Betriebs-Org.). Freitag, den 14. Juli, 1/2 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Daselbst: Kassenstunden.

Komm. Jugend. Jugendh.: Rathausst. 16. Geöffnet v. 1/2 7 Uhr an. Heute, Freitag, Gruppe Süd: Wirtschaftssystem in S.-Rußland. 1. Teil. Industrie. Mittwoch, pünktl. 1/2 8 U., im Heim, Rathausstr.: Funktionär-Sitzung. Heute, Freitag, Gruppe Nord: Mitglieder-Versammlung. „Was wir wollen". Montag, pünkl. 1/2 8 Uhr, im Heim, Rathausstr.: Funktionär-Sitzung. Heute, Freitag, Gruppe Zentrum: Fortsetzung von Frage u. Antwort. Donnerstag, pünktlich 1/2 8 Uhr, im Heim, Rathausstr.: Funktionär-Sitzung. Gemeinsch. Veranstaltung. Morgen, Sonnabend, 6 Uhr, Hauptbahnhof, zum Kreistreffen nach Könnern. Alle Mitglieder m. Musikinstrumenten sind verpflichtet, zu erscheinen. Quartiere sind besorgt. Sorgt für guten Besuch.

Kommun. Kindergruppe Heim: Rathausstr. 16. Montag, den 17. Juli, nachm. 1/2 6 Uhr, f. d. Gruppen Nord u. Zentrum: Arbeitsgemeinschaft. Dienstag, den 18. Juli, nachm. 1/2 6 Uhr, für Gruppe Süd: Arbeitsgemeinschaft. Mittwoch, den 19. Juli, nachm. 4 Uhr, in der Lerchenfeldstr. 14: Treffen all. Fahrtteilnehmer nach Suhl. (Für Nichtmitglieder beträgt das Fahrgeld, inkl. Ermäßigung, hin und zurück, 53 Mk.). Meldungen für die Fahrt nach Suhl müssen bis Sonnabend geschehen sein. — Die Spieler v. Arb., Bauer und Spartakus, um 6 Uhr, i. d. Lerchenfeldstr. 14: Treffen. Alle Zeitungen, Postkarten, Wochenkarten u. Werbemarken müssen b. Sonntag abgerechnet werden. Morgen, Sonnabend: Einsehen im lokalen Teil.

Volks-Feuerbestattungs-Verein, Halle-Umgegend. Sonntag, den 16. Juli, vormittags 9 3/4 Uhr: Besichtigung d. Krematoriums im Gertraudenfriedhof. Dienstag, den 18. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14: Versammlung. (Wicht. Tagesordnung.) Der Vorstand.

Ammendorf — **Arbeiter-Gesangverein.** Singestunden. Frauenchor: Donnerstag, abds. 1/2 9 Uhr. Männerchor: Jed. Dienstag, abds. 1/2 8 Uhr, in Kluges Restaurant.

Werbt für den „Klassenkampf"

Kröllwitz — **Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz.** Vereinslokal: Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs v. 8-10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr. Kinder-Mandolin.-Abteilung: Mittwochs von 5—7 Uhr. Kinder-Mand.-Abtg. Jeden Donnerstag, von 6 bis 8 Uhr.

Nietleben — **Gesangver. Lyra** Sonnabend, abds. 8 Uhr: Treffpunkt i. d. Sonne zum Kommers. Dienstag: Singestunde.

Ein Posten **Grubenhemden** wieder eingetroffen. Solange Vorrat Stck. **128,50** 2894 **Wäsche- und Wollwaren-Lager** Gr. Ulrichstr. 25.

Stoffe, gut und billig 467 **Meckelstraße 2, I, r.**

501 SPEER **Bruchbänder, Leibbinden Senkfußeinlagen. Fr. Speer,** Halle, (Saale) **Gr. Ulrichstr. 63,** Krankenkassenlieferant.

Ata Putz mit Ata Topf und Herd, Weil's den schönsten Glanz beschert! Henkel's Putz- und Scheuerpulver, für Haushalt, Gewerbe und Industrie **unentbehrlich.** Alleinige Hersteller: HENKEL & Cie., DUSSELDORF.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao ist von unschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungszustand der Nachhilfe bedarf. — Gutachten hervorragender Aerzte stehen unserem Fabrikate zur Seite. — Ueberall erhältlich! — *505 Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36, Fernspr. 4841. **Georg Gebhardt & Co., Halle a. d. S.**

2883

Klappsportwagen mit Laube von 1500 Mk. an. **A. Kister,** Halle a. d. S. Reilstr. 18.

Besuchstaschen in großer Auswahl, zu bekannt billigen Preisen. **Friedr. Pietsch,** Sattlermeister, Schwetschkestr. 41. 500

Grudeöfen 2881 verk. billig Steinweg 50.

Die gute **Sternwolle** in allen Farben vorrätig *504 **Partiewaren** Magdeburger Str. 25 am Walhalla. **Wiederverkäufer Extrapreise.**

Für Partei-, Sommer- und Kinderfeste empfiehlt: **Bücher** und **Broschüren** zu Bücherverlosung., **Schießlisten,** Stck. 1 M., **Schießkarten,** Stck. 14 Pf., **Kegellisten,** Stck. 1 Mk., **Kegelkarten** Stck. 14 Pf., **Abzeichen** usw. Bestellungen bitten wir möglichst zeitig aufzugeben. **Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle (Saale), Lerchenfeldstr. 14,** und Filialen.

Hauswart, mögl. Handwerker, der auch die Zentralheizung mit besorgt, von größ. Verwaltung **gesucht.** Angebote mit Lebenslauf unter **B. W. 8256** an **Rud. Mosse,** Brüderstraße 4. *606

Ich erkläre hiermit die von mir über Fräulein **Berta Mockwitz** verbreitet. Verleumdungen für unwahr und nehme sie mit Bedauern zurück. **Frau Berta Mittag, Mötzlich.** 2889

Heute morgen entschlief nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann mein treusorgender Vater, unser lieber Großvater, Schwiegervater, Onkel u. Schwager

Johannes Nitschke

im Alter von 58 Jahren.

Halle a. d. S., den 13. Juli 1922. Schleifweg 5 d. II.

In tiefem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen:
Marie Nitschke geb. Lude.

Trauerfeier und Einäscherung Montag nachmittag 2 1/2 Uhr Gertraudenfriedhof. Kranzspenden dankend abgelehnt. *607

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

16] Von John Reed

Die Fenster des Smolny waren noch erleuchtet. Autos kamen und gingen. Um die Wachtfeuer drängten sich die Posten, jeden Ankommenden gierig nach den letzten Neuigkeiten ausfragend. In den Korridoren ein Gewimmel eilender hohläugiger und schmutziger Männer.

Vom Zarskoje Sjelo kam ein Kommissar, keuchend und totbedeckt vom schnellen Ritt. „Die Garnison von Zarskoje Sjelo wacht an den Toren Petrograds, bereit, die Sowjets und das Revolutionäre Kriegskomitee zu verteidigen." Wilder Jubel. „Das von der Front abgesandte Radfahrerkorps ist in Zarskoje angekommen. Die Soldaten sind mit uns. Sie erkennen die Macht der Sowjets an, die Notwendigkeit der sofortigen Uebergabe des Landes an die Bauern und die Durchführung der Arbeiterkontrolle über die Industrie. Das in Zarskoje stationierte Fünfte Radfahrerbataillon steht zu uns."

Darauf der Delegierte des Dritten Radfahrerbataillons. Inmitten tobender Begeisterung teilte er mit, wie vor drei Tagen das Radfahrerkorps von der Südwestfront zur Verteidigung Petrograds abkommandiert wurde. Den Soldaten war der Sinn des Befehls nicht ganz klar. Auf der Station Predolsk trafen sie mit Vertretern des in Zarskoje stationierten Fünften Bataillons zusammen. Eine gemeinsame Versammlung fand statt, und es zeigte sich, daß unter den Radfahrern nicht einer gewillt war, das Blut seiner Brüder zu vergießen oder eine Bourgeoisie- und Grundherrenregierung zu verteidigen.

Im Namen der Internationalen Menschewiki schlug Kapelinski die Wahl eines Spezialkomitees vor, das eine friedliche Lösung des Bürgerkrieges finden sollte. „Es gibt keine friedliche Lösung!" schrie die Menge. „Sieg ist die einzige Lösung." Der Vorschlag wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und die Internationalistischen Menschewiki verließen unter einem Hagel ironischer Zurufe den Kongreß. Die Delegierten hatten ihre anfängliche Aengstlichkeit endgültig überwunden.

Die Versammlung beschloß, das Ausscheiden der Parteien unbeachtet zu lassen und wandte sich der Ausarbeitung des Ausrufes an die Arbeiter, Soldaten und Bauern Rußlands zu.

Es war genau 5 Uhr 17 morgens, als vor Müdigkeit schwankend, Krylenko auf die Tribüne trat, ein Telegramm in der Hand:

„Kameraden! Ein Telegramm der Nordfront. Die Zwölfte Armee entbietet dem Sowjetkongreß ihre Grüße und meldet die Bildung eines Revolutionären Kriegskomitees, daß das Kommando über die Nordfront übernommen hat." Stürmischer Jubel. Weinende Männer, einander umarmend. „General Ischeremissow erkennt das Komitee an, der Kommissar der Provisorischen Regierung, Woitinski, ist zurückgeireten."

So hatten sich Lenin und die Petrograder Arbeiter für den Aufstand entschieden. Die Provisorische Regierung war von dem Petrograder Sowjet niedergezwungen und der gegen den Sowjetkongreß geplante Staatsstreich vereitelt worden.

Nun hieß es Rußland gewinnen und dann die Welt! Würde Rußland folgen und sich erheben? Und die übrige Welt, was würde sie tun? Würden die Völker dem Rufe folgen und aufstehen zu einer weltweiten Flut?

Obgleich schon sechs Uhr früh, war es noch ganz dunkel und ziemlich kalt. Nur ein schwaches, kaum merkliches Dämmern über den stillen Straßen, die Wachtfeuer mitter erschienen lassend. Der Vorbote eines schrecklichen, sich grau über Rußland erhebenden Tages.

IV

Im Sturmschritt voran

Der hereinbrechende Tag fand die Stadt in wildester Aufregung und Verwirrung, die ganze Nation gepeitscht von sich zu immer wilderen Stößen erhebendem Sturm. Aeußerlich war alles ruhig. Hunderttausende zogen sich zeitig von der Straße zurück, standen früh auf und gingen ihrer Arbeit nach. In Petrograd fuhren die Straßenbahnen, die Warenhäuser und Restaurants waren geöffnet, die Theater in vollem Betrieb. Sogar eine Gemäldeausstellung war angezeigt. Der Alltag — langweilig selbst in Kriegszeiten — ging seinen gewohnten Trott. Nichts ist erstaunlicher als die Lebenskraft des sozialen Organismus — wie er beharrt, sich nährt, kleidet und amüsiert im Angesicht des allerschrecklichsten Elends.

Die Luft schwirrte von Gerüchten über Kerenski, der, wie es hieß, die Front aufgewiegelt hatte und eine große Armee gegen die Hauptstadt führte.

Dem zu begegnen, das nachfolgende Plakat an den Mauern:

„Vom Allrussischen Sowjetkongreß.

Die Exminister Konowalow, Kischkin, Tereschenko, Maliantowitsch, Nikitin und andere befinden sich in der Gewalt des Revolutionären Kriegskomitees. Kerenski ist geflohen. Alle Armeeorganisationen haben Anweisungen, die notwendigen Maßnahmen für die sofortige Verhaftung Kerenskis und seine Ueberführung nach Petrograd zu treffen.

Jede Kerenski erwiesene Unterstützung wird als ein schweres Staatsverbrechen bestraft werden."

Aller Hindernisse ledig, war das Revolutionäre Kriegskomitee jetzt fieberhaft tätig, zahllose Befehle, Aufrufe und Gesetze ins Land zu schleudern. Ein Befehl ordnete die Verhaftung Kornilows und seine Ueberführung nach Petrograd an. Die von der Provisorischen Regierung eingekerkerten Bauernlandkomitees wurden für frei erklärt, die Todesstrafe in der Armee wurde abgeschafft. Die Beamten wurden aufgefordert, auf ihren Posten zu bleiben, und schwere Strafen waren ihnen angedroht, für den Fall, daß sie sich dessen weigerten. Plünderung, Unruhen und Spekulation waren bei Todesstrafe verboten. In die verschiedenen Ministerien wurden provisorische Kommissare entsandt: Auswärtiges: Urizki und Trotzki, Inneres und Justiz: Rykow, Arbeit: Schljapnikow, Finanzen: Menshinski, Oeffentliche Wohlfahrt: Frau Kollontai, Handel und Verkehr: Rjasanow, Flotte: der Matrose Korbir, Post und Telegraph: Spiro, Theater: Murawiow, Staatsdruckerei: Gherbyschew, für die Stadt Petrograd: Leutnant Nestorow, für die Nordfront: Pozern.

Die Armee wurde aufgefordert, Revolutionäre Kriegskomitees einzusetzen; die Eisenbahnarbeiter, die Ordnung aufrecht zu erhalten und vor allem den Lebensmitteltransport in die Städte und an die Front nicht zu hindern. Dafür waren ihnen besondere Vertreter im Verkehrsministerium zugesagt.

Demgegenüber, welche Fülle angeschlagener Proklamationen, herumflatternder Handzettel, geifernder, schimpfender, dem ganzen ein böses Ende verheißender Zeitungen! Die Schlacht der Druckerpresse tobte jetzt — alle anderen Waffen waren in den Händen der Sowjets.

Die wenigen noch erscheinenden Kadettenorgane und die Bourgeoisie im allgemeinen nahmen zu den Vorgängen eine besondere, ironisierende Haltung, eine Art „ich hab's euch ja gesagt", gegenüber den anderen Parteien ein. Man konnte einflußreiche Angehörige der Kadettenpartei um die Stadtduma streifen sehen und [illegible] „Rettung Rußlands" antreffen. Sonst hielt sich die Bourgeoisie zurück, sich auf ihre Stunde vorbereitend, die unmöglich lange auf sich warten lassen konnte. Daß die Bolschewiki sich länger als drei Tage an der Macht halten sollten, hielt niemand für möglich, ausgenommen vielleicht Lenin, Trotzki, die Petrograder Arbeiter und die niederen Soldaten.

In dem hohen amphitheatermäßigen Nikolaussaal sah ich an diesem Nachmittag die in Permanenz tagende Duma, stürmisch, alle Kräfte der Opposition um sich gruppierend. Der alte, in seinem weißen Haar und Bart würdevoll dreinschauende Bürgermeister Schreiber gab eine Schilderung seines Besuches im Smolny in der vergangenen Nacht, wo er im Namen der städtischen Selbstverwaltung Protest eingelegt hatte. „Die Duma als die einzige rechtmäßig existierende Regierung in der Stadt, hervorgegangen aus gleicher, direkter und geheimer Wahl, würde die neue Gewalt nicht anerkennen", hatte er Trotzki mitgeteilt, worauf ihm Trotzki zur Antwort gegeben habe, „daß es in diesem Falle ein konstitutionelles Mittel gebe: Die Auflösung und Neuwahl der Duma". Der Bericht löste bei der Versammlung zornige Entrüstung aus.

„Wollte man eine sich auf die Bajonette stützende Regierung anerkennen", fuhr der alte Mann in seiner Rede an die Duma fort, „dann haben wir allerdings eine Regierung: aber für rechtmäßig erachte ich nur eine vom Volk, und zwar eine von seiner Mehrheit anerkannte Regierung, nicht aber eine durch die gewaltsame Besitzergreifung einer Minderheit geschaffene." Darauf wilder Beifall auf allen Bänken, die der Bolschewiki ausgenommen. Inmitten erneuten Tumultes teilte der Bürgermeister mit, daß die Bolschewiki durch die Entsendung von Kommissaren in zahlreichen Departements mit der Vergewaltigung der städtischen Selbstverwaltung bereits begonnen hätten.

Dann der bolschewikistische Redner mit aller Kraft schreiend: „Der Beschluß des Sowjetkongresses ist ein Beweis, daß das ganze Rußland hinter der Aktion der Bolschewiki steht.

Ihr seid nicht die wahren Vertreter des Petrograder Volkes."

Rufe: „Das ist eine Beschimpfung!" und würdevoll erinnert der Bürgermeister daran, daß die Duma aus der denkbar freiesten Volkswahl hervorgegangen sei. „Jawohl", antwortet der Bolschewik, „aber das ist schon lange her. Genau wie beim Zentralexekutivkomitee und beim Armeekomitee."

„Auch ein neuer Sowjetkongreß hat bisher nicht stattgefunden", schrien sie auf ihn ein.

(Fortsetzung folgt.)

Lernt hassen

Die Liebe kann uns helfen nicht,
die Liebe nicht erretten;
halt du, o Haß, dein jüngst' Gericht,
brich du, o Haß, die Ketten!
Und wo es noch Tyrannen gibt,
die lastet uns keck erfassen;
wir haben lang' genug geliebt,
und wollen endlich hassen!

Wer noch ein Herz besitzt, dem soll's
im Hasse nur sich rühren;
allüberall ist dürres Holz,
um unsere Glut zu schüren.
Die ihr der Freiheit noch verbliebt,
singt durch die deutschen Straßen;
„Ihr habet lang genug geliebt,
o, lernet endlich hassen!"

Bekämpft sie ohne Unterlaß,
die Tyrannei auf Erden,
und heiliger wird unser Haß
als unsere Liebe werden.
Bis unsere Hand in Asche stiebt,
soll sie vom Schwert nicht lassen;
wir haben lang' genug geliebt,
und wollen endlich hassen!

Herwegh.

Ein interessantes Gespräch

Skizze von Willi Schildhauer

Auf einem Aschbecher in einem Restaurant fanden sich in später Abendstunde noch allerhand Reste von Zigarren und Zigaretten zusammen, die nach Schluß des Lokalbetriebes ihren Stammtisch hielten. Einige davon hatten schon ausgeglimmt und lagen stumm. Die anderen aber fingen nach Dunkelwerden an, sich zu unterhalten.

*

Der Mond schien durch die großen Schaufenster der Destille und gerade auf den Tisch, auf dem der Aschbecher mit den Zigarren- und Zigarettenresten stand. Man konnte nun deutlich unterscheiden, was sich dort alles zusammengefunden hatte.

Eine dicke Havanna, eine Brasil, verschiedene kleine Zigarren — Zigarillos — und einige schwelende Enden von Zigaretten, wie „Manoli", „Klasse" und so weiter.

Als nun alle beisammen waren, begann folgende Unterhaltung:

Die „Klasse": „Seht ihr! Jetzt kann ich bald auch so stolz sein wie die Havanna! In kürzester Zeit wird mein Preis auf das Doppelte heraufgesetzt, nur mit dem Unterschied, daß ich dabei nicht mehr so dick bin wie früher."

„Ja," warf die Havanna ein, „und ich kann stolz sein auf meinen hohen Preis, an den deiner, du kleine „Klasse", gar nicht herankommt! Früher kostete meine Sorte vielleicht 40 bis 50 Pfennige, und heute ungefähr das 5fache!"

„Auch meine Preise sind bedeutend gestiegen," sprach die Brasil. „Wenn wir uns den Preis von früher vor Augen halten, dann kann uns — wie unseren lieben Rauchern — ganz schlimm werden!"

Darauf die Havanna: „Sehrt ihr, daher kommt es auch, daß ich jetzt nicht mehr soviel fabriziert werde wie früher! Aber man muß doch wirklich darüber staunen, daß bei diesen schlechten Zeiten trotz den hohen Preisen doch noch immer soviel geraucht wird."

Inzwischen hatten auch die Zigaretten ihre Feuer gelöscht, und statt ihrer lag nur ein Häufchen Asche da, das kurz vorher noch eine stolze Zigarette gewesen.

Alle waren sehr traurig über das Ableben der Zigaretten, nur die dicke Havanna brummte: „Statt daß sich die Menschen eine anständige Zigarre kaufen, rauchen sie solchen Dreck und zahlen dafür eine Mark!"

Jetzt glimmten nur noch zwei Zigarren, der Haufen Asche aber nahm zu.

„Weißt du," sagte die Brasil, „wir wollen doch einmal ausrechnen, wieviel das alles kostete, was hier vorhin noch Zigarre und Zigarette war!"

Sie rechneten eine Weile und bekamen dann eine ganz anständige Summe heraus, für die man sich bald ein Paar Stiefel bezahlen lassen oder die man notleidenden hungernden Kindern schenken könnte. —

Sie waren beide noch ganz erstaunt über das Ergebnis ihrer Rechnung, als die Wirtin kam und die Asche in einen schmutzigen Eimer schüttete.

Industrie

Menschen habe ich hausen sehn
in feuchten, dumpfen Hütten;
und Kinder sah ich weinend stehn,
die bitteren Hunger litten. —

Dort sah ich Mütter darben
und Greise leiden Not;
und bleiche Männer baten
um Arbeit und um Brot. — —

Knaben sah ich, die eiserne Wagen
mit Steinen, Erz und Kohlen füllten,
— barfüßige Frauen Lasten tragen,
die ihren Leib in Lumpen hüllten.

Martin Jäger.

Keine Arbeit

Von Emile Zola

Die Frau des Arbeiters steht allein in der Tür, die Kleine schläft oben. Sie hat ein Kattunkleid an und ist ganz abgemagert. Im kalten Straßenwinde schauert sie vor Kälte zusammen.

In der Wohnung ist nichts mehr; sie hat alles zum Pfandleiher getragen. Acht Tage ohne Arbeit vermögen das Haus leer zu machen. Am Abend vorher hat sie die letzte Handvoll Wolle aus ihrer Matratze an einen Trödler verkauft; so ist die Matratze nach und nach draufgegangen, jetzt ist nur noch der Ueberzug da. Den hat sie vor die Fenster aufgehängt, damit der Wind nicht so hineinbläst, denn die Kleine hustet stark.

Ohne ihrem Manne etwas zu sagen, ist sie auf die Suche gegangen. Aber die arbeitslose Zeit lastet noch mehr auf Frauen als auf Männern. Auf dem gleichen Flur mit ihnen wohnen einige unglückliche Frauen, die sie nachts schluchzen hört. Eine hat sie getroffen, die stand regungslos an einer Straßenecke; eine andere ist gestorben, eine dritte verschwunden.

Zum Glück hat sie einen braven Mann, der nicht trinkt. Hätten tote Zeiten sie nicht um alles gebracht, sie hätten ihr gutes Auskommen. Ihr Kredit ist erschöpft: sie hat Schulden beim Bäcker, beim Spezereihändler und bei der Gemüsefrau, sie wagt sich kaum mehr an den Läden vorbei. Nachmittags war sie bei ihrer Schwester, um sich einen Franken zu leihen, aber auch dort hat sie ein solches Elend angetroffen, daß sie in Tränen ausgebrochen war, und wortlos hatten beide lange miteinander geweint. Beim Fortgehen hatte sie noch versprochen, ein Stück Brot zu bringen, falls ihr Mann mit etwas heimkomme.

Der Mann kommt nicht heim. Es regnet, sie flüchtet unter die Tür; große Tropfen klatschen vor ihren Füßen auf den Boden, und nasser Staub durchdringt ihr dünnes Kleid. Manchmal wird sie ungeduldig, dann wagt sie sich trotz des Regens auf die Straße und geht bis zur nächsten Ecke, ob sie ihn nicht sieht. Und wenn sie zurückkommt, ist sie bis auf die Haut durchnäßt; sie streicht sich mit den Händen über die Haare, um sich abzutrocknen; und wieder faßt sie sich, von kurzen Fieberstößen geschüttelt, in Geduld.

Der Strom der Vorübergehenden drückt sie an die Wand. Sie macht sich ganz klein, um niemanden im Wege zu sein. Männer gucken ihr voll ins Gesicht; manchmal streift heißer Atem ihren Hals. Das ganze zweideutige Paris, die schmutzige Straße, das grelle Licht und das Wagengerassel scheint sie zu packen und in den Rinnstein werfen zu wollen. Sie hat Hunger, sie gehört aller Welt. Gegenüber ist ein Bäcker, da fällt ihr das Kind ein, das oben schläft.

Und kommt endlich der Mann heim — wie ein Verbrecher drückt er sich an den Häusern entlang — so stürzt sie ihm entgegen und sieht ihn angstvoll an.

„Nun?" stammelt sie.

Er antwortet nicht und senkt den Kopf. Dann geht sie ihm voraus die Treppe hinauf, blaß wie eine Tote.

*

Droben die Kleine schläft nicht. Sie ist aufgewacht. Und beim Kerzenstümpchen, das auf einer Tischdecke jämmerlich stirbt, denkt sie träumerisch nach. Und irgend etwas Entsetzliches und Herzzerreißendes überfliegt das Gesicht dieses siebenjährigen Kindes mit den welken, ernsten Zügen einer reifen Frau.

Sie sitzt auf dem Rande eines Koffers, der ihr als Lagerstätte dient. Ihre nackten Beine hängen schlotternd herab; ihre kranken Puppenhände halten die Fetzen, die sie bedecken, über der Brust zusammen. Sie fühlt ein Brennen, ein Feuer, das sie löschen möchte. Sie denkt nach.

Sie hat niemals Spielzeug gehabt. Sie kann nicht zur Schule gehen, weil sie keine Stiefel hat. Als sie kleiner war, hat ihre Mutter sie im Sonnenschein spazieren geführt: daran erinnert sie sich. Aber das liegt lange zurück. Sie mußten umziehen; und seither, scheint ihr, hat ein Eisbauch durchs Haus gemeht. Seitdem fühlt sie sich nicht mehr glücklich; sie hat immer Hunger gehabt. Etwas Unergründliches ist es, darin sie versinkt, ohne sich retten zu können. Hungert denn alle Welt? Sie hat sich doch solche Mühe gegeben, sich daran zu gewöhnen, und sie hat es nicht gekonnt. Sie glaubt, sie sei zu klein; um das zu verstehen, müßte man erwachsen sein. Die Mutter weiß sicher alle Dinge, die man den Kindern verbirgt. Wenn sie dürfte, würde sie einmal fragen, wer einen so in die Welt setzt, damit man hungert.

Und dann ist es so häßlich bei ihnen! Sie betrachtet das Fenster, dagegen der Matratzenbezug auf- und niederschlägt, die kahlen Wände, die zerstoßenen Möbel, dieses ganze Dachstubenelend, darüber der Mangel an Arbeit Verzweiflung ergießt. Sie glaubt in ihrer Unschuld, von warmen Zimmern mit schönen, glänzenden Dingern geträumt zu haben; sie schließt die Augen, um alles wieder zu sehen, und zwischen ihren dünngewordenen Lidern wird das Kerzenlicht zu einem mächtigen goldenen Schein, in den sie eingehen möchte. Aber der Wind weht, und vom Fenster zieht es kalt herein, daß ein Hustenanfall sie packt. Ihre Tränen sind voller Tränen.

Ließ man sie früher allein, so hatte sie Angst: jetzt macht sie sich nichts mehr daraus. Da man seit gestern nichts gegessen hat, glaubt sie, ihre Mutter hole Brot. Und dieser Gedanke macht ihr Freude. In ganz kleine Stücke wird sie ihr Brot schneiden und langsam eines nach dem andern essen. Sie wird mit ihrem Brot spielen.

Die Mutter ist heimgekehrt, der Vater schließt die Tür. Ganz überrascht betrachtet die Kleine ihre beiden Hände. Und da keines etwas sagt, so sagt sie nach einer Weile in halbsingendem Tone:

„Ich habe Hunger, ich habe Hunger."

Der Vater stützt in einer dunklen Ecke seinen Kopf in die Hände; er rührt sich nicht. Heftiges Schluchzen schüttelt lautlos seine Schultern. Die Mutter zwingt ihre Tränen hinunter und legt die Kleine wieder hin. Sie bedeckt sie mit allen Fetzen, die sie auftreiben kann, und sagt, sie solle brav sein und schlafen. Aber das Kind, dessen Zähne vor Kälte aufeinanderschlagen, und das den Brand in seiner Brust stärker fühlt, faßt sich plötzlich ein Herz. Sie schlingt die Arme um der Mutter Hals und fragt ganz leise:

„Sag' Mutter, warum haben wir denn Hunger?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220714-15/fragment/page=0008